



Nr. 59 – Februar 2004

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

so vielfältig wie das Leben der Menschen im Pazifik ist auch diese erste Ausgabe der „pazifik aktuell“ in 2004. Schrecklichen Nachrichten über Naturkatastrophen stehen positive Meldungen aus den Bereichen Kultur und Umwelt gegenüber.

Der „Aktualität“ kann im Zeitalter von Internet und Email mit einer dreimonatlichen Erscheinungsweise nicht mehr Rechnung getragen werden. So habe ich meine Themenauswahl nicht nach der Zeitnähe zum Erscheinungsdatum getroffen, sondern Informationen zusammengestellt, die über die Tagesaktualität hinaus Bedeutung für die Pazifikinsulaner haben.

Viel (Lese-)Vergnügen wünscht

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

19 Tote bei Verkehrsunfall

Ein schwerer Verkehrsunfall auf der bergigen Straße von Port Moresby nach Sorgeri (Central Province) hat 19 (andere Quellen: 21) Menschen das Leben gekostet. Die Opfer, darunter vier Kinder, gehörten zu 40 Passagieren eines privaten Pick-up-Busses, der die Menschen am Abend aus der Hauptstadt zurück in ihre Heimat-

dörfer Pori und Lake Kopiago (Southern Highlands Province) bringen sollte. Ein Bremsversagen und ein Motorausfall am Berg ließen den voll besetzten Bus 20 Meter tief einen Hang hinunter stürzen. Die meisten Menschen starben bei dem Versuch, den Bus nach dem Aufprall zu verlassen. Dieser überschlug sich nämlich durch die Wucht des Aufpralls mehrfach und überrollte dabei die in Panik fliehenden Menschen. Die Straße nach Sorgeri ist eine der Versorgungsstraßen für die Hauptstadt. Sie ist in sehr schlechtem Zustand. (*Flash d'Océanie* 16.02.04, *PC* 16.02.04, *National* 16.02.04, *TahitiPresse* 15.02.04)

Australien sendet Geld und Berater

Im Rahmen ihrer neuen Außenpolitik hat die australische Regierung im Dezember letzten Jahres angekündigt, in den nächsten fünf Jahren weitere 800 Millionen AUS Dollar in Papua-Neuguinea (PNG) zu investieren. Australien befürchtet, dass die politischen Entwicklungen in PNG zum Staatsversagen führen, und das Land zur Heimat von Terroristen, Drogenhändlern und Kriminellen werden könnte. Die Entsendung von 200 Polizisten sowie rund 60 Rechtsanwälten, Wirtschaftswissenschaftlern und Verwaltungsfachangestellten nach Papua-Neuguinea soll dies verhindern. Sie läute eine „neue Ära der Kooperation“ zwischen den benachbarten und befreundeten Ländern ein, so der australische Außenminister Alexander Downer.

Die Soldaten sollen der einheimischen Polizei bei der Verbrechensbekämpfung zur Seite stehen und verhindern helfen, dass sich PNG zu einer Basis für Terroristen entwickelt. Die rund 60 australischen Berater sollen in den verschiedensten Funktionen in Regierung und Wirtschaft, Recht und Verwaltung eingesetzt werden, um Korruption und Vetterwirtschaft zu bekämpfen und eine neue Rechts- und Sicherheitssituation („law and order“) zu etablieren.

Die geplanten Projekte und Maßnahmen machten einen großen Unterschied zur jetzigen Situation aus: Ausländische Investoren kehrten zurück, das Vertrauen in die Wirtschaft würde wieder hergestellt und die Menschen könnten sich in ihrem Land wieder sicher fühlen, erklärte Downer.

Papua-Neuguinea erhält aus Australien jährlich noch rund 350 Millionen AUS Dollar Entwicklungshilfe. Dies entspricht ungefähr einem Viertel der Staatseinkünfte des seit 1975 unabhängigen Staates. (*Südostasien aktuell* 11/03, S. 53, *BBC* 11.12.03, *Australian Newspaper* 12.12.03, *ACFAO* 12.12.03, *Flash d'Océanie* 12.02.04)

Kampf der Schwarzarbeit

Unangekündigte Razzien sollen illegale Einwanderer und Schwarzarbeiter aufspüren. Das gab Außen- und Einwanderungsminister Sir Rabbie Namaliu Mitte Januar bekannt. Namaliu geht von bis zu 10.000 illegal in Papua-Neuguinea lebenden Menschen aus, die oft zugleich als Schwarz-



arbeiter im Einzelhandel und der Forstwirtschaft tätig sind. Inkompetenzen im Verwaltungsapparat und Korruption hätten in den letzten zehn Jahren zu einem rasanten Anstieg illegaler Einwanderer geführt. Namaliu fordert umfassende Reformen des Visa- und Aufenthaltsrechtes für Ausländer. Die Vergabe von „work permits“ (Arbeitserlaubnis für Ausländer ohne PNG-Staatsbürgerschaft) müsse strenger gefasst werden. Erst müsse untersucht werden, ob die Arbeit nicht von einem Staatsbürger getan werden könne. Die Regierung will nun eine zentrale Vergabestelle für Visa, Reisepässe, work permits und andere Aufenthaltsgenehmigungen einrichten. (PC 14.01.04)

Illegale Siedler müssen Madang verlassen

Rund 500 als „illegale Siedler“ (illegal settlers) eingestufte Menschen aus Squattersiedlungen bei Madang haben Anfang Januar ihre Siedlungen räumen müssen. Die Provinzregierung hatte angeordnet, dass die Menschen aus dem „Wagol Banana Block“, dem „Biliau Maus Rot“ und den „Government Stores“ in ihre Heimatregionen zurückkehren müssen. Die Siedler waren vor rund 20 Jahren vom östlichen und mittleren Sepik-Fluss nach Madang gekommen und hatten Siedlungen am Rande der Stadt gegründet. Das Marineschiff „Gulf Glory“ brachte die 500 Menschen, darunter zahlreiche bereits in Madang geborene Kinder, zurück zum Sepik.

Der Entscheidung der Provinzregierung zur Räumung vorausgegangen waren siedlungsinterne Streitigkeiten und Kämpfe sowie Probleme mit arbeitslosen und alkoholabhängigen jungen Männern, sogenannten „rascals“. Die Menschen verließen ihre Siedlungen ohne Gegenwehr, ein Eingreifen der Polizei war nicht nötig. (PC 30.12.03, National 07.01.04)

Kinder bekommen lange Haftstrafen

Drei minderjährige Jugendliche sind zu mehreren Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Zwei je elf Jahre alte Jungen aus dem Dorf Kerau erhielten eine 13-jährige Gefängnisstrafe. Der 17-jährige Francis Scotty Koma aus Kaumi nahe Tapini in der Zentralprovinz wurde zu 15 Jahren und Zwangsarbeit verurteilt.

Die drei Jungen hatten am 7. Januar 2003 den ehemaligen Diplomaten Clement Chikali aus Bougainville auf dem Magi Highway erstochen. Chikale war auf dem Weg in die Hauptstadt Port Moresby, als ein Reifen seines Wagens platzte. Er hielt in Höhe der Siedlung ‚Six Mile Dump‘. Die drei Jungen kamen unter dem Vorwand, beim Reifenwechsel zu helfen, ans Auto, forderten dann jedoch die Autoschlüssel und die Geldbörse. Chikale verweigerte die Herausgabe und wurde von Francis Koma mit einem Küchenmesser am linken Lungenflügel tödlich verletzt.

Richter Panuel Mogish begründete die schweren Haftstrafen für die Minderjährigen mit der Schaffung eines Präzedenzfalles. Es gäbe viel zu viele junge Männer, die ohne Grund töteten. Fahrer auf den Highways müssten sich auch bei Autopannen sicher fühlen können. (Pina News, National 23.12.03, Sunday Mail 28.01.04)

Oberster Rechnungsprüfer entlassen

Der Oberste Gerichtshof in Wai-gani hat Mitte Januar den obersten Rechnungsprüfer (engl. „Auditor-General“, vergleichbar mit dem Chef des Bundesrechnungshofes in der BRD) Mark Wani entlassen. Das Gericht nannte als Grund für die Entlassung, die nur vier Tage vor Ablauf der sechsjährigen Amtszeit des Prüfers ausgesprochen wurde, „Missverhalten im Büro“. Wani habe in 33 Fällen „finanzielle Zugeständnisse“ gemacht, hieß es seitens des Ge-

richtshofes und sei für das öffentliche Wohl nicht mehr tragbar. Richter Nicholas Kirriwom führte in der 85-seitigen Anklageschrift gegen Wani u.a. auf, der Rechnungsprüfer habe es unterlassen, regelmäßig der Ombudsmann-Kommission (Anti-Korruptions-Kommission) Bericht zu erstatten. Außerdem habe er den Rechnungshof wie seine eigene Bank betrachtet und sich privat aus den öffentlichen Geldern bedient. Wani habe sich ein hohes Gehalt zu beliebigen Zeiten ausgezahlt und damit die Regeln der „Salaries and Remuneration Commission“ verletzt. Allein 200.000 US Dollar hatte sich Wani für sein „Privatvergnügen“ (Handy, Auto, Unterkünfte auf Dienstreisen, Freizeitvergnügen und Schulgebühren für seine Kinder) gegönnt.

Zeitgleich zur Entlassung von Wani wurde im Parlament der Finanzbericht des Prüfers für das Jahr 2001 diskutiert. In seinem Prüfungsbericht hatte Wani Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung einiger Provinzen festgestellt. Die Haushaltsbücher der Provinzen entsprächen nicht den Vorgaben, wie sie der „Public Finances Management Act“ vorsieht. Ausgaben und Einnahmen seien nicht korrekt verzeichnet, es fehlten Quittungen und Belege für Ausgaben. Laut den Abrechnungen wurden in einzelne Provinzen (z. B. in West New Britain) weniger Ausgaben verzeichnet als effektiv dann aus dem Haushalt abgingen. Im Prüfbericht für 2001 hatte Wani auch kritisch angemerkt, dass seine Behörde zu wenig Personal hätte und es an finanzieller Unterstützung mangelte. (PC 16.12.03, National u. Pacnews 15.01.04, ABC 14.01.04)

† Ray Sheridan

Im Alter von 87 Jahren verstarb am 20. Oktober 2003 der australische Musikexperte Ray Sheridan in Sydney. Der 1916 in Perth geborene Sheridan lernte früh Violine und Viola zu spielen und wollte sich ursprünglich mit der traditionellen Musik der Aborigines beschäftigen. Der Zweite Weltkrieg

verschlug ihn nach Papua-Neuguinea. Bereits während seiner Militärzeit im Land nahm Sheridan die Musik Neuguineas auf und schrieb die Noten zu den nur mündlich überlieferten Liedern der Menschen nieder.

Von 1947 bis 1949 arbeitete Sheridan als Musikfachmann im Dienste der australischen Kolonialverwaltung in Neuguinea. Die ABC (Australian Broadcasting Cooperation), die ANU (Australian National University) und die Kolonialverwaltung unterstützten seine Arbeit des „Musiksammelns“. 1958 veröffentlichte er seine Studie „Einführung in die Musik von Papua-Neuguinea“ mit 75 Beiträgen aus elf Provinzen, darunter Musik der Tolais aus Neubritannien, Musik vom Sepik-Fluss und aus Sio in der Morobe Provinz. Weitere Veröffentlichungen zur Musikgeschichte des Landes, u.a. in australischen Schulbüchern und in der Enzyklopädie von PNG, folgten.

Sheridan konzentrierte sich nicht nur auf die traditionelle Musik, sondern nahm auch die von Missionaren eingeführten christlichen Lieder, die Blechblaskapellen-Musik sowie die Musik von Einwanderern aus China und Japan auf. Dabei war er in den frühen 50er Jahren einer der Pioniere bei der Aufnahme mit Tonbandgeräten. Einige dieser Aufnahmen befinden sich heute im Musikarchiv der Nationalbibliothek in Österreichs Hauptstadt Wien.

Mit seiner Leidenschaft für die Musik PNGs steckte er auch andere Menschen an und ermutigte sie, ebenfalls Musik aufzunehmen. Einige Wochen vor seinem Tod hatte sich Sheridan noch in der Musikabteilung des Studieninstituts von PNG (Institute of PNG Studies) mit den Musikwissenschaftlern Vincent Palie und Don Niles getroffen.

Don Niles hat in Zusammenarbeit mit australischen Kollegen Mitte Februar des Jahres in Goroka einen zweitägigen „Workshop on Chanted Tales from the Highlands of PNG“ organisiert, in dessen Rahmen das „Chanted Tales He-

ritage Project“ vorgestellt und offiziell eröffnet wurde. (*Wantok 4.-12.12.03, übersetzt von R. Borzel, IPNGS 04.03.04, <http://paradisec.org.au/Niles-Palie.rtf>*)

BOUGAINVILLE

UNOMB verlängert

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) hat der Verlängerung der UNO-Friedensmission auf Bougainville für weitere sechs Monate bis Juni 2004 zugestimmt. Die Regierung von Papua-Neuguinea hatte um eine Verlängerung der Mission nach dem 31. Dezember 2003 gebeten, um mehr Zeit für die Organisation der Waffenabgabe und den Aufbau einer autonomen Regierung zu gewinnen. Das neue Mandat der UNO begann am 1. Januar 2004 und läuft bis Ende Juni. Bereits seit Juni 1998 ist die Friedenstruppe vor Ort.

Der neuguineische Premierminister Sir Michael Somare sieht in der „United Nations Observer Mission“ (UNOMB) unter Führung von Botschafter Noel Sinclair einen wichtigen Partner bei der Aufbewahrung und Zerstörung der Waffen von Ex-Kombattanten sowie bei der Vergabe einer Verfassung für die geplante autonome Provinzregierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG). Die freien Wahlen für das ABG sind für Ende 2004 geplant. (*Pacnews 06.01.04, National 09.01.04, PC 05.11.04*)

Waffenabgabe aus der „No Go-Zone“

Angehörige von Francis Onas Truppen in der „No Go-Zone“ der Panguna-Mine haben sich erstmals am Friedensprozess beteiligt. Die Kombattanten der „Bougainville Revolutionary Army“ und Me'ekamui Soldaten haben 85 Schnellfeuergewehre und selbstgebastelte Waffen in das Büro der Vereinten Nationen (UN) nach Arawa gebracht. UN-Botschafter Noel Sinclair und der IIN-Beauftragte William Okzantan

nahmen die Waffen entgegen und sperrten sie in drei eigens dafür vorgesehene Container. Diese Container nahm die BRA anschließend wieder mit in das Gebiet um die Panguna-Mine, wo sie gelagert werden sollen.

Francis Ona selbst nahm an der Waffenübergabe nicht teil, Beobachter bewerten dies jedoch als stillschweigende Akzeptanz der Waffenabgabe und damit des Friedensprozesses.

Die BRA und die Me'ekamui Mitglieder erklärten, sie würden den Friedensprozess in ihrem eigenen langsamen Tempo unterstützen. Man habe sich entschlossen, die Waffen freiwillig ohne UN-Aufsicht von Panguna nach Arawa zu bringen. Das normale Procedere im Waffenabgabeprozess sieht eigentlich eine Begleitung durch Mitglieder der UN-Friedensgruppe UNOMB vor. (*PC 05.01.04*)

BERGBAU

Klage abgewiesen

Die Gemeinschaftsklage neuguineischer Landeigner gegen den Bergbaukonzern BHP Billiton (BHP) und das Betreiberkonsortium der Ok Tedi-Mine (Western Province), die Firma Ok Tedi Mining Limited (OTML), ist vom Obersten Gericht im australischen Victoria abgewiesen worden.

Bereits im Juni 1994 hatten Anwohner des Ok Tedi-Flusses eine vier Milliarden US Dollar schwere Sammelklage wegen Umweltzerstörung gegen den Hauptaktionär Broken Hill Proprietary (BHP) in Melbourne eingelegt. Der Klage folgte 1996 ein Vergleich zwischen den Landeignern und BHP, das sogenannte „Ok Tedi Settlement Agreement“. Darin wurde das Betreiberkonsortium verpflichtet, während der Restlaufzeit der Mine 110 Millionen US Dollar Kompensationszahlungen für Entwicklungsprojekte in den Dörfern am Ok Tedi und Fly Fluss zu zahlen. Außerdem wurden 40 Millionen Dollar an die unmittelbar

von den Sedimentablagerungen im Fluss betroffenen 15 Dörfer der Sprachgruppen der Yonggim und Awin bezahlt. Rund 60 Millionen Dollar ließ sich der Minenbetreiber die Ausbaggerung der Ablagerungen aus dem Ok Tedi Fluss kosten und die 7,6 Millionen Dollar für die Rechtsanwaltskosten sowie sonstige Kosten der Kläger wurden ebenfalls übernommen. Weiteres Ergebnis des Vergleichs war die Erhöhung der Lizenzgebühren („royalties“) von 1,25 % auf 2 % des Produktionsoutputs.

Mit dieser Einigung waren einige Landeigner, unter ihnen Rex Dagi und Gabia Gagarimabu, nicht einverstanden. Sie klagten im Jahr 2000 in Vertretung von 50.000 Landeignern erneut gegen die Umweltzerstörung durch die Mine. Mit Hilfe der Rechtsanwaltskanzlei „Slater & Gordon“ aus Melbourne argumentierten die Kläger, BHP und OTML hätten die in 1996 getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten. Die Umweltverschmutzung habe eher zu- denn abgenommen. Nachdem „Slater & Gordon“ Einsicht in die „actions and researches“ der Mine gewährt wurde, stellten sie jetzt fest, dass *„nothing more can be done to stop the environmental pollution“*. Deshalb rieten sie den Klägern, die Klage zurückzuziehen. Das taten diese, so dass das Gericht in Victoria die Sammelklage endgültig Mitte Januar abweisen konnte.

Nach dem Zurückziehen der Klage ist es höchst unwahrscheinlich, dass BHP, bis Februar 2002 noch 52 %-tiger Anteilseigner an der Mine, weitere Zahlungen an die Landbesitzer leisten wird. Dem Zurückziehen der Klage war eine Einigung vorausgegangen, die dem Verhandlungsgeschick der kanadischen Firma Inmet Mining zu verdanken ist. Inmet hält 18 % an der Mine. Demnach gaben die Landeigner zu, OTML und BHP hätten die Vereinbarungen von 1996 nicht gebrochen. BHP erklärte, für diese Bestätigung durch die Landeigner habe man nichts gezahlt. Einzelheiten über die Einigung zwischen den Landeignern, OTML und BHP drangen jedoch nicht an die Öffentlichkeit.

Der Direktor der Ok Tedi-Mine, Keith Faulkner, sagte in einem Interview mit der ABC, 50.000 Landeigner in 150 Dörfern entlang der beiden Flüsse würden im Rahmen der „Community Mine Continuation Agreements“ (CMCA) mit Ausgleichszahlungen für die Umweltzerstörungen bedacht. Darauf hätten sich OTML, die Landeigner und die Provinzregierung der Western Province geeinigt. Das Mineral Policy Institute, eine bergbaukritische Nichtregierungsorganisation aus Erskineville (AUS), hat errechnet, dass diese CMCA monatlich rund elf australische Dollar pro Person ausmachen. (*The Age* 22.12.03, 17.01.04, *MPI Pressemitteilung* 16.01.04, *ABC* 16.01.04, 20.01.04, *Dossier Nr. 48* von Roland Seib, <http://www.bhpbilliton.com/>)

Chinesen finanzieren Ramu-Mine

Die regierungseigene chinesische Bergbaufirma „China Metallurgical Construction Corporation“ (CMCC) wird den Bau der seit langem geplanten Mine am Ramu-Fluss in der Madang Provinz mit 650 Millionen US Dollar finanzieren. Das gab der Bergbauminister von Papua-Neuguinea, Sam Akoitai, bekannt. Er war bereits im November 2003 zu Vorgesprächen nach China gereist. Jetzt unterschrieb Premierminister Sir Michael Somare am Rande eines Chinabesuchs den Vertrag zwischen der Regierung und CMCC. Somare und sein chinesischer Konterpart, Premier Wen Jiabao, unterzeichneten zudem ein chinesisches-papuanisches Kommuniqué, in dem sie sich gegenseitig ihrer Freundschaft versicherten und etliche zukünftige Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ankündigten.

In der sogenannten „Ramu-Mine“ könnten jährlich 33.000 Tonnen Nickel und 3.200 Tonnen Kobalt abgebaut werden. Die Laufzeit der Mine wurde auf 40 Jahre geschätzt. Die größten Anteilseigner der Mine sind neuguineische Firmen: „Highlands Pacific Limited“ hält 68,5 % an der Mine, die regierungskontrollierte „Mineral Re-

sources Development Company“ hält 31,5 %. Die Firmen waren bisher finanziell nicht in der Lage, die Mine zu bauen. Vermutlich werden die beiden Firmen einige Anteile an die chinesische Firma übertragen. Einige Medien berichten gar, die CMCC würde den neuguineischen Firmen 70 % der Anteile abkaufen.

CMCC hat angekündigt, den gesamten Ausstoß der Mine an Nickel und Kobalt aufzukaufen, um den in 2004 um 25 % erhöhten Bedarf Chinas an rostfreiem Stahl decken zu können. Man werde noch vor Jahresende mit dem Bau der Mine beginnen und dazu rund 1.000 Arbeiter einstellen. (*Flash d'Océanie* 30.01.04, *National* 02.02.04, *ABC* 04.02.04, *Dow Jones* 04.02.04)

Landbesitzer wollen Lizenz verhindern

Landbesitzer aus der Provinz Enga haben sich an das Bergbauministerium gewandt mit der Bitte, diese möge dem Bergbaukonzern „Porgera Joint Venture“ (PJV) keine Lizenz zur Lagerung von Abräumen („waste dumping“) auf ihrem Land erteilen. Der Timani Waiyali Klan aus Porgera sagte, er wolle eine gerichtliche Verfügung erwirken, um PJV von der Lagerung von giftigen Abräumen und Rückständen aus der nahegelegenen Porgera Goldmine auf ihrem Grund und Boden abzuhalten. Der Klan wandte sich an das Ministerium für Bergbau, Umwelt und Umweltschutz mit der Bitte, man möge sich um das Anliegen des Klans ernsthaft bemühen. Goldbergbauaktivitäten hätten stark umweltschädigende Wirkungen auf die Häuser der Landbesitzer sowie auf die Gärten.

Kensary Iplane Laiwapa, Sprecher der Landbesitzer, erklärte, man sei mit der Vergabe der Lizenz No. LI/1 für die Region „Anawe South“ nur einverstanden, wenn bestimmte Forderungen der Landeigner von Porgera Joint Venture erfüllt würden. Die Landeigner fordern die Verlegung von 63 Häusern bzw. den Umzug in 63 von PJV neu zu bauende Häu-

ser. Die jetzigen Wohnhäuser der Timani Waiyali seien so nahe an der geplanten Abraumdeponie, das sie Gefahr liefen, zerstört zu werden. Sollte die Regierung die Lizenz zur Lagerung erteilen, müsste PJV als Gegenleistung Dämme zum Schutz der Häuser und Gärten bauen, forderte Laiwapa.

Laiwapa hatte in einem Brief an Bergbauminister Sam Akoitai im Dezember 2003 beklagt, auch ohne offizielle Lizenz würde die Firma bereits Abräume aus der Mine auf ihrem Territorium lagern.

Hintergrund: Der „Porgera Mining Development Contract“ (MDC) zwischen dem Joint Venture und der Regierung von PNG legt die Höhe der Pacht fest, die das Joint Venture für die „Special Mining Lease“ (SML) zahlen muss und regelt auch die Höhe der Kompensationen, die die Bergbaufirma für die Nutzung von Land und Fluss an die Landeigner zahlen muss. Der Pachtvertrag über das 2.240 Hektar große Minengelände und die umliegende Infrastruktur läuft im Jahr 2019 aus.

Porgera Joint Venture gehört zu 50 % Placer Dome, 25 % der Anteile hält Goldfields Limited, 20 % Orogen Minerals Limited und 5 % die Provinzregierung sowie die Landeigner. Die Rückstände des Goldabbaus werden bisher in den Porgera- Fluss geschüttet und gelangen über das weitläufige Flusssystem weiter in den Lagaip, Strickland und Fly. Ein australisches Umweltgutachten von 1996 hatte zur Lagerung der Abräume auf dem Land geraten, um die weiteren Sedimentablagerungen und die Versandung der Flüsse zu verhindern.

(PC 14.01.04, <http://www.miningwatch.org>, http://www.placerdome.com/operations/porgera/porgera_property.html)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Synode in Aiyura

Die „Kainantu Dancers“ bereiteten den Delegierten und Teilnehmern der 24. Generalsynode der ELC-PNG einen festlichen Empfang. Über 400 Abgesandte der 16 Kirchendistrikte, Vertreter aus Wirtschaft und Regierung sowie zahlreiche Gäste aus Übersee konnten vom stellvertretenden Bischof Kiage Matoro zur Eröffnungsveranstaltung begrüßt werden, darunter auch Heidi Schülke, die Präsidentin der bayerischen Landessynode. In ihrem Grußwort verwies Schülke auf die finanziellen Schwierigkeiten der bayerischen Landeskirche und rief gleichzeitig dazu auf, die Kompetenz von Frauen auch in der Kirche zu nutzen. Veranstaltet wurde die Synode dieses Jahr an der Aiyura National High School im Kainantu-Distrikt im Östlichen Hochland. (National 21.1.04)

Staat und Kirche

Andrew Baing, der stellvertretende Premierminister von PNG, setzt auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Regierung. Bei einem Dankgottesdienst in der lutherischen Auferstehungskirche in Port Moresby betonte er: „Die Kirchen haben maßgeblich dazu beigetragen, Gesundheitseinrichtungen und Bildung zu den Menschen in allen Ecken unseres Landes zu bringen. Auch wenn unser Land viele Schwierigkeiten zu bewältigen hat und vor großen Herausforderungen steht, nutzen die Kirchen ihre beschränkten Möglichkeiten, um die sozialen, wirtschaftlichen und geistlichen Probleme der Menschen anzugehen. Im Namen der Regierung

danke ich den Kirchen für ihren Einsatz.“ (Wantok 27.11.03)

Lutherische Universität

Gouverneur Luther Wenge forderte die Errichtung einer eigenen lutherischen Universität. Während der Synode in Aiyura sagte er, die lutherische Kirche habe in den letzten 117 Jahren einen enormen Beitrag zur Gesamtentwicklung des Landes geleistet. Es sei an der Zeit, dass eine der größten Kirchen des Pazifiks auch im akademischen Bereich aktiv werde und zur Ausbildung künftiger Führungseliten für die Kirche und das gesamte Land beitrage. Jährlich gibt es in PNG etwa 20.000 Schulabgänger mit der allgemeinen Hochschulreife, denen aber nur 6.000 Studienplätze an sechs Universitäten zur Verfügung stehen. (Post Courier 29.01.04)

Frauzentrum eröffnet

Ein großer Tag für die Kote-Frauen war die Eröffnung ihres neuen „Kote Yaung Ngokac“-Frauzentrums in Lae. Ziel des Zentrums ist es nach Aussage der Leiterin Helen Honering, Anlaufstelle für bedürftige Frauen aus ländlichen Gebieten zu sein und ihnen neben verschiedenen anderen Angeboten insbesondere Lesen und Schreiben beizubringen. Die ehemalige Tusa Klinik dient künftig als Gästehaus und als Zentrum des Lernens und der Begabung. (National 11.12.03)

Krise am MLS

Nach den Wirren durch streikende Studenten am Martin-Luther-Seminar (MLS) in Lae Mitte letzten Jahres hat das Seminar noch nicht zu einem regulären Betrieb zurückgefunden. Eine Gruppe von Studenten hatte besser qualifizierte Lehrer, die Renovierung von Lehrerhäusern und einen neuen Lehrplan gefordert. Im neuen Semester konnte keine Anfänger-Klasse eingerichtet werden.

den, da sich nur vier Bewerber angemeldet hatten. (*Post Courier* 06.02.04)

13 neue Evangelisten

Die Evangelistenschule Amron hat 13 Schulabgänger in ihren künftigen Gemeindedienst entsandt. Nach einer dreijährigen theologischen Ausbildung werden sie nun insbesondere in abgelegenen Dörfern arbeiten und für eine geistliche Grundversorgung der Gemeinden verantwortlich sein. Die Absolventen dieses Jahrgangs kommen aus dem Papua Distrikt, Morobe, Madang, Karkar, Chimbu und Hagen. Gegründet wurde die Schule im Jahr 1934. (*Wantok* 18.12.03)

Neue Kirche in Mt. Hagen

12 Jahre lang hat die Gemeinde „Zum guten Hirten“ (Good Shepherd Lutheran Church) über 60.000 Kina gespart. Jetzt wurde der Grundstein für den Neubau ihrer Kirche gelegt. Gemeinsam legen die Gemeindeglieder Hand an. Während die Männer für die schweren Arbeiten zuständig sind, schleppen Frauen und Jugendliche das Baumaterial herbei. Täglich sind drei Familien dafür verantwortlich, dass auch ausreichend für das leibliche Wohl der fleißigen Helferinnen und Helfer gesorgt wird. (*National* 05.01.04)

Tuberkulose auf Karkar

Seit Ende letzten Jahres kostete ein akuter Ausbruch von Tuberkulose (TB) zahlreiche Menschen auf der Insel Karkar das Leben. In den Jahren 2002 bis 2003 ist die Infektionsrate um 44 % gestiegen. Laut Aussagen von Dr. Silke Berttram, die im Auftrag des Bayerischen Missionswerks auf Karkar arbeitet, liegt die Hauptursache in der Bevölkerungsexplosion, die insbesondere hygienische Probleme und Mangelernährung mit sich bringt. Gemäß der Krankenhausstatistik ist TB die häufigste Todesursache unter den etwa

35.000 Einwohnern der Insel. (*National* 29.01.04, *Post Courier* 30.01.04)

Besuch im Kabwum-Settlement

Bei seinem Besuch des Kabwum-Settlements in Port Moresby rief Titus Yangi, der Jugendleiter des Ukata Distrikts, die jungen Leute dazu auf, in ihre Dörfer zurück zu gehen und zur Entwicklung ihrer eigenen Heimat beizutragen. Es sei viel sinnvoller, zu Hause die Gärten zu bestellen, Süßkartoffeln und Taro anzubauen und sich um die Familie zu kümmern, als ohne Arbeit in der Stadt herumzuhängen und in schlechte Gesellschaft zu geraten. Alkoholmissbrauch, Kriminalität und AIDS seien die Folgen. Hingegen habe das Wort Gottes die Kraft und die Macht, das Leben der Menschen zu verändern, so dass sie für ihr eigenes Leben einen Sinn entdecken und zur Entwicklung des Landes und der Gesellschaft konstruktiv beitragen können. (*Wantok* 11.12.03)

Kampf gegen Korruption

Während der Abschlussfeier für die 10. und 12. Klassen an der Bumayong High School in Lae prangerte Bischof Dr. Wesley Kigasung die zunehmende Korruption in PNG an. „Misswirtschaft und Veruntreuung ruinieren unser Land. Gelder, die für die Verbesserung von Gesundheitsstrukturen, Bildungseinrichtungen und ländliche Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden könnten, gehen sonst wo hin und verhindern so wenigstens ein Minimum an staatlichen Service-Leistungen für Tausende von Menschen.“ Die über 500 Absolventen rief er dazu auf, verantwortungsbewusste Führungspersönlichkeiten zu werden, die die Interessen der Menschen an erste Stelle setzen. (*National* 11.12.03)

Neue Route bei LuShip

Lutheran Shipping bietet seit Anfang Dezember letzten Jahres ei-

ne neue Verbindung für den Esa'ala Distrikt (Milne Bay Provinz) an. Das Fracht- und Passagierschiff MV Nagada wird künftig regelmäßig zwischen Esa'ala und Lae verkehren, wenn das Angebot entsprechend genutzt wird. Die Chancen stehen für LuShip recht gut, da die Flugkosten von Alotau nach Lae für die meisten Reisenden kaum erschwinglich sind. (*Post Courier* 02.12.03)

Lutherische Schulen brauchen Unabhängigkeit

Der stellvertretende Bischof der ELC-PNG, Kiage Motoro, beklagte während der Synode in Aiyura, dass die meisten lutherischen Schulen staatlich beeinflusst seien und nicht mehr ihrer eigentlichen Zielsetzung folgen können. „Unsere wahre Identität und Philosophie wurden zerstört“, sagte er. Er verwies darauf, dass viele Führungskräfte des Landes in lutherischen Schulen ausgebildet wurden und in ganz herausragender Weise zur Entwicklung Papua-Neuguineas beigetragen hätten. Der Staat solle lediglich unterstützend wirken, aber die Verwaltung der Schulen in Händen der Kirche lassen. Allerdings gebe es auch hier gewisse Probleme, die insbesondere auf mangelnde Kommunikation zwischen den Distrikten und der nationalen Kirchenverwaltung zurückzuführen seien, erklärte Bravy Towika von der Bildungsabteilung der ELC-PNG. (*Post Courier* 21.01.04)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Christen beenden zehnjährigen Konflikt

Um die seit über zehn Jahren anhaltenden Stammeskonflikte in ihrer Region zu beenden, hatten sich bereits 1999 einige christliche Kirchen im Daulo Distrikt (Östliches Hochland) zum DDCC (Daulo District Churches Council) zusammengeschlossen. Präsident Pr. Martin Bandia zufolge haben es die staatlichen Stellen nicht

geschafft, die Auseinandersetzungen in dieser Region zu beenden. „Die Menschen brauchen jemanden, der ihnen Frieden bringt, und es war die Kraft des Geistes Gottes, die die Menschen jetzt zusammenbringt“, sagte er während einer großen Versöhnungsfeier, durch die nun ein längerer Aussöhnungsprozess besiegelt werden konnte. (National 11.12.03)

Wirtschaftlicher Aufschwung prophezeit

„PNG wird in den nächsten fünf Jahren einen geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung erleben, wie ihn das Land bisher noch niemals in seiner Geschichte erlebt hat“. So lautet zumindest die Prophetie des Malaysischen Apostels und Propheten Dr. Jonathan David, die er während einer 3-tägigen Konferenz in Port Moresby kundtat. „Gott hat eure Gebete und Tränen um eure Nation gesehen und er wird eure Nation wieder aufbauen. Das Kämpfen und Streiten im Parlament wird ein Ende haben und das Land wird wieder aufgebaut werden“, rief er den Teilnehmern zu. (National 04.12.03)

Katholisches Radio geht auf Sendung

Eine neue römisch-katholische Radiostation ging in Mt. Hagen auf Sendung. Laut Erzbischof Michael Miere sollen über den Sender Predigten und Beiträge verbreitet werden, die soziale, moralische und religiöse Werte vermitteln. Mit zum Programm gehören Gospelmusik, Quizsendungen und Interviews zu entwicklungspolitischen Themen sowie zu den Schwerpunkten Bildung, Gerechtigkeit und Frieden. (National 11.12.03)

Katastrophenplan

Tas Maketu, der Direktor von Caritas Papua-Neuguinea, forderte während eines Seminars in Vunapope einen Katastrophen-

schutzplan und gezielte Fortbildungen und Informationen für Verantwortliche und die breite Masse der Bevölkerung. Die Teilnehmer wurden in grundlegende Verhaltensregeln für den Katastrophenfall eingeführt. Ähnliche Workshops sollen in allen 19 Diözesen angeboten werden, um kirchliche Mitarbeiter für den Ernstfall vorzubereiten. (Post Courier 25.11.03)

PAZIFIK ALLGEMEIN

EU-Kommissar besuchte Fiji und Salomonen

Der Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe der Europäischen Union (UN), Poul Nielson, hat vom 28. Januar bis zum 8. Februar die Pazifikregion besucht. Die Reise fand vor dem Hintergrund der neuesten positiven Entwicklungen in Fiji und auf den Salomonen statt. In beiden Staaten konnte die EU ihre Hilfsmaßnahmen uneingeschränkt wieder aufnehmen. Es war der erste Besuch eines EU-Kommissars auf den Salomonen. Nielson traf sich mit Premierminister Allan Kemaheza, dem Generalgouverneur, dem Außenminister Laurie Chan und anderen Kabinettsmitgliedern zu Gesprächen über die allgemeine politische Lage auf den Salomonen nach dem Einsatz der internationalen Schutztruppe unter australischem Kommando im vergangenen Winter. Auf der Tagesordnung standen auch Fragen nach der Friedenskonsolidierung, der Staatsführung („good governance“) und der Rechtsstaatlichkeit. Diskutiert wurde des Weiteren die Gestaltung der EU-Hilfe. Im Rahmen des 9. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sind 14,5 Millionen Euro für die Salomonen bereit gestellt worden. Damit gehört die Europäische Union zu den wichtigsten Gebern des Landes.

In Fiji traf sich Nielson mit Premierminister Laisenia Quarase. Sie sprachen darüber, wie die EU den nationalen Aussöhnungsprozess unterstützen kann und wie die Regierung zurück in die Verfassungsmäßigkeit geführt werden kann. Als Reaktion auf die beginnende Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit in Fiji hatte die Europäische Union im November 2003 beschlossen, die Entwicklungshilfe für Fiji uneingeschränkt wieder aufzunehmen. Im Rahmen des 9. EEF erhält Fiji 29 Millionen Euro von der EU.

Poul Nielson und Premier Quarase unterzeichneten gemeinsam das Länderstrategiepapier sowie das nationale Richtprogramm für die Jahre 2003 bis 2007. Nielson erklärte nach der Unterzeichnung: „Gute Regierungsführung ist schwierig, schmerzhaft zu verwirklichen und leicht wieder zu zerstören.“

Der EU-Kommissar unterschrieb auch am Sitz des Pazifischen Forums in Suva die Freigabe von 9,2 Millionen Euro EU-Gelder für ein Projekt zur wirtschaftlichen Integration der 16 Mitgliedsstaaten des Pazifischen Forums.

Nielson reiste anschließend weiter nach Australien und Neuseeland, um mit den dortigen Regierungsvertretern Gespräche über den Frieden und die Sicherheit in der Region zu führen. Die regionale Wirtschaftsintegration und nachhaltige Entwicklung standen ebenfalls zur Diskussion. (Press Release EU 28.01.04, Flash d'Océanie 02.02., 06.02.04)

Inselstaaten sind „verletzlich“

Kleine Inselstaaten (Small Island Developing States, SIDS) sind durch neue Handelsabkommen und fluktuierende Rohstoffpreise besonders stark gefährdet. Die schädigenden Auswirkungen des weltweiten Klimawandels treffen die kleinen Staaten, die ökonomisch von dem Export ihrer land- und fischwirtschaftlichen Produkte abhängig sind, hart. Das geht aus

einem Anfang Dezember veröffentlichten Bericht der „Food and Agriculture Organization“ (FAO) hervor. Kleine Inselstaaten seien globalen Veränderungen in besonderer Weise ausgesetzt. Weltwirtschaftliche Herausforderungen sowie soziale und ökologische Probleme machten diese Staaten besonders „verletzlich“ („vulnerable“), heißt es in dem Bericht der UN-Organisation mit Sitz in Rom.

Den SIDS müsste geholfen werden, sich in dem neuen Handlungsumfeld besser zurechtzufinden. Man müsse versuchen, die Agrarwirtschaft zu diversifizieren, um höhere Chancen auf dem Weltmarkt zu haben, raten die Autoren des FAO-Berichtes.

Immer mehr Klein Inselstaaten seien von Nahrungsmittelimporten abhängig. Durch die Einfuhr von Konserven und stark zuckerhaltigen Fruchtsäften sei ein Anstieg von Krankheiten zu beobachten, die sich unmittelbar auf eine ungesunde Ernährung zurückführen lassen (sogenannte „Wohlstandskrankheiten“ wie Diabetes, Fettleibigkeit, Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Bluthochdruck). Bedrohlich sei vor allem der bis zum Jahr 2100 zu erwartende Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 88 Zentimeter. Damit wären die Menschen auf niedrig gelegenen Inseln ihrer Existenzgrundlage beraubt und müssten ihre Heimat wahrscheinlich auch verlassen. Schon jetzt gäbe es mehr gefährliche tropische Wirbelstürme, die für verheerende Katastrophen in kleinen Inselstaaten sorgten.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die FAO mit 300 Millionen US Dollar mehr als 1.300 Projekte in SIDS unterstützt. Es handelte sich überwiegend um Projekte zur Verbesserung von Forst- und Wasserwirtschaft und zur intensiveren Nutzung von Land und Meer (Fischerei) zur Nahrungsmittelsicherung. Verschiedene FAO-Initiativen, wie etwa der 1999 beschlossene „Plan of Action on Sustainable Agriculture“, sollen den Klein Inselstaaten bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung ihrer Ressourcen helfen.

(UN New Service, 09.12.03, <http://www.fao.org/english/newsroom/news/2003/25479-en.html>)

Indonesien schützt Schildkröten

Indonesische Regierungsvertreter haben am Rande der siebten Vertragsstaatenkonferenz der Vereinten Nationen zur Biodiversitätskonvention in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur die Einrichtung eines Meeresschutzgebietes an der Nordküste der Provinz Papua bekannt gegeben. Dort brütet die größte Meeresschildkröte der Welt: Die Lederschildkröte (lat.: *Dermochelys coriacea*) ist vom Aussterben bedroht. Lederschildkröten leben vor der Küste von Papua, an der Pazifikküste von Mexiko, an der Karibikküste von Costa Rica und vor der Küste von Französisch-Guyana. Die pazifische Population der bis zu 900 Kilo schweren und 2,50 Meter langen Schildkröte hat in den letzten Jahren dramatisch abgenommen. In den 80er Jahren zählte man noch 90.000 brütende Weibchen jährlich, heute sind es nur noch 3.000 Weibchen. Ein Weibchen gräbt 60–100 Eier in den Sand ein und überlässt das Ausbrüten dem Sand und der Sonne. Hier bedienen sich Menschen an den Eiern. Sie gelten – eingerührt in Kondensmilch oder Schnaps - als potenzsteigernde Delikatesse. Weitere Bedrohungen für die Lederschildkröte sind die Schleppnetze von Fischfangbooten sowie die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll, den die Schildkröten nicht von ihrem Hauptnahrungsmittel Quallen unterscheiden können. (ABC u. taz 17.02.04, <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01660/>)

Kooperationsforum gegründet

Bereits im November vergangenen Jahres wurde in der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh das „Forum of Austronesian Cooperation and Exchange“ (FACE) aus der Taufe gehoben. An dem Gründungstreffen nahmen Ver-

treter von Hawai'i, Neuseeland, Fiji, Palau, den Salomonen, Tuvalu und den Marshall-Inseln teil. Eingeladen hatte dazu der „Rat der indigenen Völker“, eine Einrichtung des taiwanesischen Kabinetts. Die neu gegründete Nichtregierungsorganisation FACE gab sich am Rande der „2003 Austronesian International Convention“ eine Satzung und legte Taipeh als Vereinssitz fest.

FACE geht es vor allem um die nachhaltige Nutzung von Ressourcen. Die NGO finanziert sich über Überschüsse aus regionalen Wirtschaftsprojekten, die die Ressourcen im Land nachhaltig nutzen. Ziel von FACE ist die Entwicklung von Strategien zum finanziell profitablen Einsatz von Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Produkten. Dabei geht es vor allem um den Austausch zwischen den beteiligten Ländern.

Hintergrund: Taiwan lädt alljährlich seine pazifischen Anrainerstaaten zu einem Forum ein. Das Land will sich dadurch als „Wiege“ der austronesischen Kulturen legitimieren. Die Theorie des Ur- und Frühgeschichtlers und Archäologen Professor Peter Bellwood (Faculty of Arts, Australian National University), wonach der Pazifik vor rund 8.000 Jahren von Taiwan aus über die Philippinen von sogenannten „Proto-Austronesiern“ besiedelt wurde, wurde auch am Rande der letzten Konferenz heiß diskutiert. (*Pacific Magazine* Januar 04, <http://www.come2meet.com/austronesian/Leder/ENG/index.htm>, <http://www.taiwanheadlines.gov.tw/>)

BRENNPUNKT INDONESIEN

Minen- Demonstrant erschossen

Halmahera: Am 7. Januar wurde bei Protesten gegen den offenen

Goldabbau in Halmahera auf den nördlichen Molukken (Indonesien) ein Demonstrant erschossen. Der Täter ist ein Angestellter der paramilitärischen Polizeitruppe BRIMOB und war Sicherheitsbeauftragter für das Minengelände. Die rund 100 BRIMOB-Polizisten, die von der Minenfirma als Sicherheitsdienst angeheuert sind, verhafteten und schlugen weitere Teilnehmer der Demonstration, an der rund 850 Menschen teilnahmen. Die Gruppen der Kao und Malifut hatten vor dem Minengelände friedlich gegen die Abholzung von Wald in ihrem traditionellen Siedlungsgebiet protestiert.

Die Goldmine der australischen Firma „Newcrest Mining Limited“ liegt im Toguraci Wald, der als Nationalpark ausgewiesen ist und unter das indonesische Forstgesetz Nr. 41/1999 fällt. Dieses verbietet den Tagebergbau in Naturschutzgebieten. Die Bergbaufirma „PT Nusa Halmahera Minerals“, die zu 90 % Newcrest Mining gehört, rodet seit Mai 2003 ohne Genehmigung den geschützten Wald und bereitet das Gelände für Bergbauaktivitäten vor.

Auf der website von Newcrest Mining mit Sitz in Melbourne heißt es, dass „Gosowong Projekt“ im Toguraci sei wegen starker Mineralisierung der Böden vielversprechender als erwartet. Aus der Mine könne auch Kupfer gewonnen werden, wenn die „Schwierigkeiten beim Zugang zum Wald“ überwunden seien, so der lapidare Kommentar. (*Melbourne Indymedia 11.01.04, <http://www.newcrest.com.au/>, MPI Pressemitteilung 08.01.04*)

37 Opfer durch Erdbeben

Papua: Ein Erdbeben der Größe 6,9 auf der Richterskala hat die Küstenstadt Nabire in der ostindonesischen Provinz Papua (früher: Westpapua) am 6. Februar dem Erdboden gleichgemacht. 2.000 Gebäude sowie 731 Privathäuser stürzten ein, die Landebahn des Flughafens wurde zerstört, ebenso Straßen und das einzige Krankenhaus vor Ort. 20

Schulen, 30 religiöse Einrichtungen, fünf Marktplätze und das Parlament erlitten schwere Gebäudeschäden. Die Strom- und Trinkwasserversorgung wurde unterbrochen.

37 Menschen starben in den Trümmern ihrer Häuser, viele Menschen wurden zum Teil schwer verletzt und in umliegende Krankenhäuser transportiert. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation ELSHAM sollen sich mehr als 3.000 verletzte Menschen in Krankenhäusern befinden.

Das Beben war bereits das siebte – und zugleich das stärkste – innerhalb weniger Wochen in der Provinz Papua und auf der Insel Java. Bereits einen Tag nach dem Beben folgten etliche Nachbeben, darunter ein schweres mit der Größe 6,2 auf der Richterskala. Die Stadt Nabire mit ihren rund 26.000 Einwohnern lag sieben Kilometer vom Epizentrum des Bebens entfernt.

Die indonesische Regierung hat 50 Tonnen Grundnahrungsmittel nach Nabire geschickt. Die Region wurde zum Katastrophengebiet erklärt. Ein Team des Katastrophenhilfswerks der Vereinten Nationen (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA) reiste nach Nabire. Die USA und Japan sandten Hilfsgüter in Form von Zelten, Stromgeneratoren, Hygieneartikeln, Kochutensilien und Medikamenten im Gegenwert von 50.000 US Dollar (USA) bzw. 124.000 US \$ (Japan). Die belgische Gruppe der „Ärzte ohne Grenzen“ sandte Hilfsgüter und Personal. (*Earthquake Information Bulletin 2/04, Flash d'Océanie 06.02., 09.02., 16.02.04, SMH 06.02.04, Jakarta Post 13.02.04, Rheinische Post online 07.02.04, Jakarta Post 08., 09.02.04, OCHA Report 10.02.04, ELSHAM E-news 20.02.04*)

Journalistin geehrt

Jakarta: Die Journalistin Maria Margaretha Hartiningsih von der Zeitung „Kompass Daily“ ist mit dem renommierten Menschenrechtspreis „Yap Thiam Hien“ ausgezeichnet worden. Der Vorsitzende der Jury, Soetandyo

Wignjosoebroto, erklärte, die Journalistin erhalte die Auszeichnung für ihren couragierten journalistischen Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte. Hartiningsih arbeitet seit 1984 als Journalistin, ihre Schwerpunktthemen sind Frauen, Umwelt und städtische Armut.

Der Preis wurde 1992 eingeführt. Er erinnert an den chinesischen Rechtsanwalt Yap Thiam Hian, einen in Indonesien sehr bekannten Verteidiger der Menschenrechte. Hian starb in Deutschland. Nach seinem Tod wurde ein Menschenrechtsfonds angelegt, aus dem der Preis jährlich verliehen wird. (*Pacific Media Watch 07.12.03, Email Dr. Benny Giay 18.01.04*)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Fischereiabkommen mit Europäischer Union

Salomonen: Anfang Februar hat die Europäische Union (EU) ein bilaterales Fischfangabkommen mit den Salomonen unterzeichnet. Nach dem Abkommen mit Kiribati im Jahr 2002 ist dies nun das zweite Fischereiabkommen zwischen der EU und einem pazifischen Staat. Das Abkommen über den Fang von Thunfisch wurde für einen Zeitraum von drei Jahren unterschrieben, es tritt zum 1. Januar 2005 in Kraft. Die EU bezahlt für ihre Fischfangrechte 400.000 € jährlich, rund 30 % dieser Einnahmen wollen die Salomonen zum Aufbau eines Programms für nachhaltigen und verantwortungsbewussten Fischfang einsetzen.

Im ersten Jahr des Abkommens dürfen vier Ringwadenfahrzeuge („purse seine vessel“) und zehn Langleinenschiffe („Long Liner“) in den Gewässern der Salomonen

Thunfisch fangen. Die Schiffe kommen voraussichtlich aus Spanien und Frankreich. Insgesamt dürfen jährlich nicht mehr als 6.000 Tonnen Thunfisch entnommen werden. Pro Tonne müssen die Schiffseigner sich mit 35 € an den Kosten der EU für die Fangrechte beteiligen. Sie müssen sich auch verpflichten, mindestens einen Bürger der Salomonen auf dem Schiff zu beschäftigen. Die Schiffe müssen außerdem einen Abstand von 30 Seemeilen (ca. 55 Kilometer) von der Küste einhalten, um nicht mit lokalen Fischern in Konkurrenz zu geraten. (*Presserklärung der EU IP/04/163 vom 04.02.04, Tahiti-press 05.02.04, Institut für Fischereitechnologie, Hamburg 12.02.04*)

Keine ‚Partnerschaft‘ für Homosexuelle

Kanaky: Die Homosexuellenvereinigung „Homosphère“ in Kanakys Hauptstadt Nouméa hat den französischen Staat verklagt. Der Verein fordert die gleichen Rechte für homosexuelle Menschen ein, die auch im französischen Mutterland gelten. Dort wurde bereits 1999 der sogenannte „Pacte Civil de Solidarité“ (PACS) beschlossen. Es handelt sich hier um eine Bescheinigung über eine „tatsächliche (de facto) Beziehung“, die einer Heiratsurkunde nahe kommt und auch von gleichgeschlechtlichen Paaren bezogen werden kann. PACS sichert schwulen Paaren ähnliche Rechte und Pflichten zu wie Heterosexuellen. Im wesentlichen geht es in dem Dokument um die Zusicherung gegenseitiger Unterstützung und Hilfe.

Der Koordinator von Homosphère, Yves Jaquier, war vor zwei Jahren vor das Gericht in Nouméa gezogen, um die Bescheinigung für sich und seinen Lebenspartner einzuklagen. Diese wurde ihm endgültig im September vorigen Jahres verweigert. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit dem regionalen Zivilrecht von Kanaky. Der Rechtsanwalt des betroffenen Paares, Patrick Lopez, riet jetzt zu einer Klage vor dem Pariser Berufungsgericht.

Das Recht im französischen Mutterland müsse uneingeschränkt auch in den französischen Überseegebieten gelten. Tatsächlich haben sich bereits im Jahr 2001 drei Gemeinden (von 32) in Kanaky bereit erklärt, eine Bescheinigung über die „de facto Ehe“ auszustellen. Die Gemeinde Nouméa, in der der Kläger gemeldet ist, weigerte sich jedoch.

Hintergrund: Kanaky ist weder ein „Département d’outre-mer“ (DOM) noch ein „Territoire d’outre-mer“ (TOM), sondern hat seit dem Abkommen von Nouméa 1998 einen speziellen Status eigener Kategorie, der manchmal als POM (pays d’outre-mer) bezeichnet wird. Die rund 210.000 Einwohner haben neben der französischen Staatsbürgerschaft eine lokale neukaledonische Staatsbürgerschaft, wodurch neu eingewanderte Franzosen u.a. von Arbeitsplätzen und vom lokalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Die beiden Staatsbürgerschaften sind allerdings auf Französisch begrifflich differenziert in die „Nationalité française“ und die „Citoyenneté néo-calédonienne“. (*Oceania Flash 04.12.03, Email Lorenz Gonschor 20.01.04, http://www.france.diplomatie.fr/etrangers/vivre/pacs/*)

Qualitätssiegel für Kava

Vanuatu: Die Republik Vanuatu hat im Kampf um die Wiedereinführung von Kava (lat. *Piper methysticum*) und kavahaltigen Produkten auf dem europäischen und nordamerikanischen Markt die Initiative ergriffen. Sie führte das Qualitätssiegel A.C.O. (Appellation d’origine contrôlée, geprüfte Herkunftsbezeichnung) ein. Das Siegel bestätigt die Herkunft des Kavapulvers aus Vanuatu sowie die Verwendung von Kavapulver allein aus der getrockneten Wurzel.

Die bei einigen Kavakonsumenten auftretenden Leberkrankheiten führten Wissenschaftler darauf zurück, dass in Europa zur Herstellung von kavahaltigen Produkten die gesundheitsschädigende Rinde des Kavastängels benutzt wur-

de. Im Pazifik dagegen benutzt man traditionell weder die Rinde noch die Kavablätter, sondern nur Extrakte aus der Kavawurzel. Durch die positive Rückmeldung auf das A.O.C.-Siegel ermutigt, will nun auch Fiji als zweitgrößter pazifischer Kavaproduzent das Siegel einführen. (*Flash d’Océanie 29.01.04, http://www.kavakava.org.uk/*)

MIKRONESIEN

FSM ratifizieren Frauenrechtskonvention

FSM: Bereits im November vergangenen Jahres haben die Förderierten Staaten von Mikronesien (FSM) das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women, CEDAW) unterzeichnet. Die Konvention nennt in ihrer Präambel und in 30 Paragraphen jede mögliche Form der Diskriminierung von Frauen und listet auf, welche nationalen Kampagnen und Maßnahmen der Diskriminierung von Frauen vorbeugen können. Neben Bereichen wie Bildung, Arbeit, Staatsangehörigkeit und politischer Beteiligung sind besonders die Rechte von Frauen in der Ehe und im Familienleben sowie die Rechte von Frauen in ländlichen Gebieten aufgeführt.

Die Frauenrechtskonvention, im Volksmund auch „Bill of Rights“ genannt, wurde am 18. Dezember 1979 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Die Idee einer gesetzlichen Regelung zum weltweiten Schutz der Frauen im politischen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und familiären Bereich entstand im Rahmen der ersten Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko Stadt.

Bis dato haben 174 Staaten die CEDAW ratifiziert, dazu zählen im pazifischen Raum neben den FSM auch Australien, Fiji, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Samoa, die Salomonen, Tuvalu und

Ende für Steuerparadies

Nauru: Die „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) hat im Dezember die kleinste unabhängige Republik der Welt von der Liste der „unkooperativen Steueroasen“ gestrichen: Die mikronesische Insel Nauru hat sich bereit erklärt, ab dem 31. Dezember 2005 mit der OECD den Austausch der Steuerdaten von Unternehmen zu verhandeln, die ein Bankkonto in Nauru führen oder dort sogar ihr Domizil haben. Naurus Präsident René Harris erklärte, man werde die Zusammenarbeit erst in den Fällen diskutieren, in denen der Verdacht auf ein kriminelles Delikt besteht. Später könnten Informationen in Steuerhinterziehungsfällen an die OECD weitergeleitet werden.

Bisher war Nauru ein Umschlagplatz für sogenanntes „schmutziges“ Geld. Über die Banken im nur 21 Quadratkilometer kleinen Staat wurden jährlich Milliarden transferiert. Behörden vermuten, dass allein die russische Mafia im letzten Jahr ca. 70 Milliarden US Dollar auf Nauru gewaschen hat. Nauru galt auch als sicherer Hort für die Gelder anderer krimineller Unternehmen. Transaktionen folgten in der Regel über Banken, die es nur auf dem Papier gibt. Diese eröffneten einfach ein Postfach im Postamt der Insel, über die die illegalen Geschäfte laufen konnten. Zwar braucht man zur Eröffnung einer Bankfiliale in Nauru einen „sauberen“ Auszug aus dem Kriminalregister, doch hatten die Behörden der Insel nicht die technischen Möglichkeiten, diese Dokumente auf ihre Echtheit hin zu überprüfen.

René Harris machte in einem Schreiben an die OECD klar, dass sein Land nur unter einer Bedingung künftig Steuersünder anzeigen werde: Durch den Wegfall der lukrativen Transaktionen müsse das Geld eben auf anderem Weg

nach Nauru gelangen: So forderte er unverblümt einen Anstieg der Entwicklungshilfegelder aus Übersee für seinen Staat, in dem die rund 12.500 Bewohner überwiegend vom Bankengeschäft und von der Entwicklungshilfe leben: „...Nauru makes these commitments in the hope that OECD member countries and other international organisations take these adverse revenue effects into account in determining the development assistance they provide“.

In dem Schreiben an den OECD-Generalsekretär Donald J. Johnston nennt Harris auch gleich die Bereiche, für die Entwicklungshilfe geleistet werden sollte.

Nach der Streichung von Nauru verbleiben noch fünf Staaten als „unkooperative Steueroasen“: Andorra, Liberia, Lichtenstein, die Marshall-Inseln und Monaco.

(<http://www.oecd.org/>, Süddeutsche online 16.12.03, Brief von René Harris an D. Johnston vom 03.12.03)

Kritik am Compact

Marshall-Inseln: Die Regierung der Marshall-Inseln hat Anfang des Jahres an das Weiße Haus in Washington die Anfrage gestellt, ob die Amerikaner sich weiter um die durch Atomtests zerstörte Umwelt auf den zu Atomtestgeländen missbrauchten mikronesischen Atollen und um die Gesundheit der Einwohner kümmern werden. Hintergrund der Anfrage ist das Auslaufen einer Abmachung zwischen den USA und den Marshall-Inseln zum 30. Januar 2004. Die Abmachung sah die Dekontaminierung der Atolle sowie die Überwachung und medizinische Betreuung der ehemaligen Atollbewohner von Bikini, Rongelap, Utrik und Enewetak vor. Die Abmachung war Bestandteil des ersten „Compact of Free Association“ zwischen den USA und den Föderierten Staaten von Mikronesien, der 1986 unterzeichnet wurde und bis September 2001 galt.

Der seit September 2003 gültige neue „Compact of Free Association“ ist vielfach kritisiert worden. Zwar sieht er eine Zahlung von

800 Millionen Dollar als Kompensationen für erlittene Umwelt- und Gesundheitsschäden an die Marshalliesen vor, doch erlaubt er den Amerikanern andererseits bis zum Jahr 2066 die Nutzung der Raketenabschussbasis „Ronald Reagan“ auf dem Kwajalein Atoll. Hier testeten die Amerikaner ihr „Star Wars“-Programm. Die traditionellen Landeigner auf Kwajalein werden für die Nutzung ihres Landes finanziell entschädigt.

Die in 1999 gewählte Senatorin für das Atoll Rongelap im US Senat, Frau Abacca Anjain-Maddison, hat den „Compact of Free Association“ im Parlament von Majuro kritisiert, da dieser die gesundheitliche Nachsorge für die Opfer der amerikanischen Atomtests auf dem Bikini-Atoll in den 40er und 50er Jahren nicht mehr beinhalte. Der „alte“ Compact sah neben der Dekontaminierung die medizinische Betreuung von rund 16.000 Menschen auf den betroffenen Atollen vor, dafür wurden jährlich zwei Millionen US Dollar ausgegeben.

Hintergrund: Der „Compact of Free Association“ zwischen der Republik der Marshall Inseln und den Vereinigten Staaten war im Mai 2003 unterzeichnet worden und am 30. September 2003 im US Kongress verabschiedet worden. Er gilt zunächst für 20 Jahre. Darin haben die Marshall-Inseln den Amerikanern die alleinige militärische Verfügungsgewalt über ihre Atolle erteilt. Im Gegenzug haben sich die Amerikaner verpflichtet, die Marshall-Inseln gegen jeden Angriff einer dritten Macht militärisch zu verteidigen. Weitere Bestandteile des Vertrages sind u.a. das Recht der Marshalliesen auf Einwanderung in die USA ohne Visum sowie die Ausübung einer Tätigkeit ohne die Arbeitserlaubnis „Greencard.“ Die Erneuerung der Abmachung zur Gesundheitsfürsorge sowie die Dekontaminierung der Atolle sind in dem neuen Vertrag nicht vorgesehen. (Flash d'Océanie 30.01.04, <http://www.fsmlaw.org/compact/>, <http://www.un.int/marshall-islands/cfa.html>)

Missionarsfamilie ermordet

Palau: Justin Hirosi hat am 22. Dezember 2003 den 42-jährigen Pastor Ruimar DePaiva, seine 37-jährige Ehefrau Margareth und den elfjährigen Sohn Larisson zusammengeschlagen und getötet. Die einzige Überlebende, die 10-jährige Tochter, verdankt ihr Leben dem Zufall. Der 43-jährige Mörder hatte das Kind mit zu sich nach Hause genommen, es eingesperrt, sexuell missbraucht und später versucht, es mit einem Strick zu erwürgen. Das tot geglaubte Kind hatte Hirosi dann auf die Straße geworfen, wo aufmerksame Passanten es fanden und ins Krankenhaus nach Koror brachten. Dort konnte das Mädchen Polizisten den Tathergang schildern: Demnach war Justin Hirosi nachts in das Haus des Pastors in Airai State auf der Suche nach Wertgegenständen wie Fernseher und VCR-Rekorder eingebrochen. Dabei war er von den Eltern und dem Sohn ertappt worden. Hirosi erschlug die Drei mit einem schweren Holzstock. Die Tochter wachte durch das Geschehen im Haus auf und wurde von dem Täter zunächst unter Androhung des Todes eingesperrt, bevor er sie in seinem Kofferraum mit in sein Haus nahm.

Die Familie war im August 2002 aus Brasilien nach Palau gekommen, um dort für die Siebenten-Tags-Adventisten zu missionieren. DePaiva war zuständig für die kirchliche Arbeit der Adventisten in der Republik Palau.

Hagime Telei, Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit, erklärte, dies sei das aller schlimmste Verbrechen, das Palau je erlebt habe. Obwohl es in der Republik keine Todesstrafe gäbe, würde man mit aller Härte gegen den Beschuldigten vorgehen. Ihm droht eine lebenslange Haftstrafe. Hirosi entschuldigte seine Tat mit dem Konsum von Drogen am Vorabend der Tat. Sein Verteidiger will auf Irrsinn und Geisteskrankheit plädieren.

Zur Trauerfeier für die Ermordeten waren die Eltern von Pastor Ruimar DePaiva angereist. Ruimars Mutter, Missionarin Ruth DePaiva, nahm während der vierstündigen Trauerfeier im Sportstadion die Mutter des Mörders in den Arm und vergab ihr entsprechend der Tradition der Siebenten-Tags-Adventisten die Tat des Sohnes. Zuvor hatte bereits der Ältestenrat von Palau entsprechend einer Tradition den Onkel des Mörders zu Ausgleichszahlungen an die Familie der Ermordeten gezwungen. Der Onkel von Justin Hirosi musste 10.000 Dollar in einen eigens gegründeten Hilfsfonds für die Tochter einzahlen.

Palaus Präsident Tommy Remengesau nahm an der Trauerfeier teil und würdigte das Wirken der Missionarsfamilie. Der Tod der Familie müsse ein Ansporn im Kampf gegen Drogenmissbrauch sein. Remengesau erklärte außerdem, ein wenig von dem Verzeihen, wie es die Mutter des ermordeten Pastors an den Tag gelegt hätte, täte seinem Land sehr gut. Vergebung führe zur Heilung, so der Präsident. Ruth DePaiva hatte Hirosi im Gefängnis besucht und mit ihm gesprochen. (*Pacific Daily News* 25.12.03, 26.12.03, 30.12.03, 06.01.04)

Palau gewinnt „Hai-Preis“

Palau: Der gemeinnützige deutsche Verein „Sharkproject e.V.-Internationale Initiative zum Schutz und zur Erforschung der Haie“ hat der Republik Palau den Preis „Haiwächter des Jahres“ (engl. Shark Guardian of the Year 2004) verliehen. Wie *pazifik aktuell* Nr. 58 berichtete, hat Palau im vergangenen Jahr sowohl das Töten von Haien als auch das Abschneiden der Haifischflossen unter Strafe gestellt sowie eine Haishutzzone eingerichtet. Palaus Präsident Tommy Remengesau hatte demonstrativ 1.600 Pfund Haiflossen öffentlich verbrannt, die von einem taiwanesischen Fangschiff illegal gefinnt worden waren. Palaus Küstenwache hatte auf dem Schiff 44 Haikadaver entdeckt.

Der Vizepräsident von Sharkproject, Harald Bänsch, sagte, Palau habe den Preis für sein vorbildliches Engagement zum Schutz seiner marinen Ressourcen erhalten.

Die Preisvergabe durch den Unterwasserforscher Prof. Hans Hass fand am Rande der Messe „boot 04“ im Januar in Düsseldorf statt. Hass übergab den Preis gemeinsam mit Sharkproject-Wissenschaftler Dr. Erich Ritter und Sharkproject-Präsident Gerhard Wegner an Dermot Keane vom „Palau Shark Sanctuary Fund“ und an einen Vertreter der Tourismusbehörde.

Info: Im Sharkproject haben sich im September 2002 Taucher, Wissenschaftler und Haifreunde zusammengeschlossen, um Haie zu schützen und die Öffentlichkeit über Haie aufzuklären. Der Verein unternimmt Forschungsprojekte, die u.a. die Interaktion zwischen Hai und Mensch untersuchen.

Den „Shark Enemy of the Year“ erhielten übrigens die Malediven. Sie erhielten als Preis eine rostige Haifischflosse, Palau wurde dagegen mit einer Flosse aus Edelstahl geehrt. (*Pacific News Service* 22.01.04, *Guam Daily News* 12.02.04, <http://www.sharkproject.org/index.html>, Pressemappe von Sharkproject)

POLYNESIEN

Neues Autonomiestatut

Französisch-Polynesien: Mitte Februar wurde in Paris das seit langem diskutierte neue Autonomiestatut für Französisch-Polynesien endgültig beschlossen. Mit der Prüfung durch den Verfassungsrat nahm es am 13. Februar seine letzte gesetzgeberische Hürde. Nachdem das Statutgesetz in verschiedenen Parlamentssitzungen bereits zahlreiche Veränderungen durchgemacht hatte, bevor es am 29. Januar von beiden Häusern des französischen Parlaments mit den Stimmen der regierenden gaullistischen Partei UMP endgültig be-

geschlossen worden war, musste es nochmals abgeändert werden, weil der Verfassungsrat einige Artikel für nicht verfassungskonform erklärt hatte. Nachdem der Präsident der Territorialregierung Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, schon seit Jahren auf ein neues Statut gedrungen hatte, durchlief dieses nun innerhalb von zwei Monaten in einem Eilverfahren ohne größere Debatten das komplizierte Pariser Gesetzgebungsverfahren.

Dem neuen Statut zufolge ist Französisch-Polynesien nicht mehr wie bisher ein „Überseeisches Territorium“ (TOM), sondern ein „Überseeisches Land (pays d'outre-mer) innerhalb der französischen Republik, das sich frei und demokratisch regiert“. Die Position der lokalen Regierung gegenüber Paris wird gestärkt. Der französische Staat ist zukünftig nur noch für Außenpolitik, Verteidigung, innere Sicherheit, Justiz und Geldwesen zuständig. Innerhalb der Lokalregierung wird die Position des Präsidenten gestärkt, der zukünftig nicht mehr „Präsident der Territorialregierung“, sondern „Präsident von Französisch-Polynesien“ heißt. Die Lokalregierung kann eigenständig Beziehungen zu ausländischen Regierungen aufnehmen und eigene Repräsentanten ins Ausland schicken, die sogar Visa ausstellen dürfen, aber keinen Diplomatenstatus haben. Stark verändert wird die Zusammensetzung der lokalen Versammlung. Die Zahl der Abgeordneten erhöht sich von bisher 49 auf 57. Anstelle der bislang üblichen Hürde von 5 % der abgegebenen Stimmen, die für eine Partei nötig sind, um Sitze zugeteilt zu bekommen, liegt die Klausel jetzt bei 3 %. Entscheidende Neuerung ist die Regel, dass die stärkste Partei automatisch 30 % der Sitze zugesprochen bekommt, zusätzlich zu ihrem proportionalen Sitzanteil. Damit soll eine stabile Mehrheit garantiert werden. Außerdem wird neben den bisherigen fünf Wahlkreisen ein sechster geschaffen, der die östlichen Tuamotu- und Gambierinseln umfasst. Aufgrund dieser Veränderungen wird die

bestehende Territorialversammlung wahrscheinlich recht bald aufgelöst und Neuwahlen durchgeführt werden, wobei die Entscheidungsgewalt darüber allerdings allein beim französischen Staatspräsidenten liegt.

Weitere in der letzten Fassung vorgesehene Bestimmungen wurden vom Verfassungsrat für verfassungswidrig erklärt und müssen gestrichen werden, so zum Beispiel der Vorschlag, Landbesitzrechte auf in Französisch-Polynesien geborene Personen zu beschränken (Landkäufer müssen aber ihren Wohnsitz in Französisch-Polynesien haben). Gestrichen wurde auch die vorgesehene Zuständigkeit der Lokalregierung für innere Sicherheit und die Möglichkeit, unabhängig von Paris Volksabstimmungen auf lokaler Ebene abzuhalten. Ebenso für verfassungswidrig erklärt wurde die vorgesehene gesetzgeberische Kompetenz der lokalen Versammlung. Deren Beschlüsse gelten weiterhin nicht mit Pariser Gesetzen als gleichrangig. Flosse, der gleichzeitig auch Senator in Paris ist, zeigte sich aber zuversichtlich, die nicht genehmigten Provisionen bei der nächsten französischen Verfassungsänderung nachholen zu können.

Französisch-Polynesien erhält damit sein viertes Autonomiestatut in Folge. Die Vorgängerstatuten datierten von 1977, 1984 und 1996.

Heftig kritisiert wurde das neue Statut und die Art, wie es zustande kam, von der Opposition in Papeete wie in Paris. Eine Delegation verschiedener lokaler Oppositionsparteien, bestehend aus Loïc Brigato (Heiura les Verts, die polynesischen Grünen), Marie-Laure Vanizette (Fetia Api, profranzösisch, aber gegen Flosse) und der ehemaligen Ministerin Nicole Bouteau (No Oe E Te Nuaa, Tendenz ähnlich wie Fetia Api) war Mitte Januar nach Paris gereist und hatte vergeblich versucht, die Abgeordneten vom Beschluss des Gesetzes abzubringen. Ihre Warnungen vor einem weiteren Machtzuwachs für den bereits jetzt recht autoritär auftre-

tenden Flosse wurden von der linken Opposition in Paris unterstützt. Der sozialistische Abgeordnete René Dosière hielt eine ausführliche Rede, in der er die zahlreichen Unstimmigkeiten in Tahiti aufzählte, die mit dem neuen Statut noch verschärft würden. Der grüne Abgeordnete Noël Marmère sagte, es sei ein Skandal, dass Flosses autoritäre Entgleisungen von seinen Pariser Freunden per Gesetz legitimiert und gefördert würden. Das Statut verwandle Französisch-Polynesien in eine Bananenrepublik und schade damit dem Ansehen Frankreichs im Pazifik.

Neben dem Machtzuwachs der lokalen Regierung wird insbesondere die 30 %-Bonusklausel für die stärkste Partei von vielen als Bedrohung der Demokratie angesehen. Bereits unter dem bisherigen Wahlsystem hielt Flosses Partei Tahoeraa Huiraatira mit 48% der Stimmen etwa 60 % der Sitze in der lokalen Versammlung. Mit dem neuen System werden es bei angenommenem gleichem Stimmenanteil etwa 80 % der Sitze sein. Ursprünglich sollte in der von Flosse favorisierten und am 18. Dezember vom Senat beschlossene Version zusätzlich noch die Sperrklausel von 5 auf 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erhöht werden, womit alle kleineren Oppositionsparteien aus der lokalen Versammlung ausgeschlossen worden wären. Dies wurde allerdings in der ersten Lesung in der Nationalversammlung am 14. Januar auf 5 % der Wahlberechtigten abgeändert und schließlich am 22. Januar von einer parlamentarischen Mischkommission aus Senat und Nationalversammlung auf 3 % der abgegebenen Stimmen korrigiert, was dann auch so in der Abschlussfassung beschlossen wurde.

Kritisiert wurde neben dem Inhalt des Statutgesetzes aber auch die Vorgehensweise der Gaullisten im Parlament, die die Gesetzesvorlage in kürzester Zeit ohne öffentliche Anhörungen und mit minimalen parlamentarischen Debatten in nächtlichen Sitzungen durch die Institutionen „gepeitscht“

hatten. Dosière in der Nationalversammlung: „Die Bedingungen unter denen dieser Text hier debattiert wird, sind der französischen Republik unwürdig.“

Die beiden Abgeordneten Französisch-Polynesiens in der Nationalversammlung, Michel Buillard und Béatrice Coppenrath-Vernaudon (beide Tahoeraa / UMP) verteidigten dagegen das Statut als wichtige Basis für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Territoriums. Brigitte Girardin (UMP), Ministerin für überseeische Departements und Territorien, sprach von einem sehr guten Kompromiss zwischen einem großen Zuwachs der lokalen Kompetenzen und dem Erhalt von Zuständigkeiten des Zentralstaates.

Vom Standpunkt der Unabhängigkeitsbewegung gesehen ist das Statut dagegen der schlechtmöglichste Kompromiss, da die profranzösische Lokalregierung umfassende Machtbefugnisse erhält und der demokratische Pluralismus weiter eingeschränkt wird, während gleichzeitig die wenigen als positiv angesehenen Elemente, die Tahiti vor der französischen Überfremdung schützen (Landbesitz nur für Einheimische) und die lokale Souveränität stärken sollten (Gesetzesrang für Beschlüsse der lokalen Versammlung, lokale Plebiszite), vom Verfassungsrat gestrichen wurden. Das neue Statut scheint somit kein Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit zu sein, sondern eher ein weiterer Schritt zur Befriedigung der Machtambitionen von Gaston Flosse. (Artikel von Lorenz Gonschor; Quellen: Oceania Flash, Tahiti Presse, PIR, Tahiti Pacifique magazine, to'ere)

Johnston Atoll wird Naturschutzgebiet

Johnston Atoll: Die amerikanische Luftwaffe (US Air Force) steht kurz vor Beendigung der Dekontaminierung des Johnston Atolls. Das Atoll südwestlich von Honolulu (O'ahu/Hawai'i) ist ein sogenanntes uninkorporiertes Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika, die dort in den

50iger und 60iger Jahren Atomtests durchführten und das Atoll während des Vietnam-Krieges als Lagerungsstätte für das gefährliche Entlaubungsmittel „Agent Orange“ und andere chemische Waffen missbrauchten. Von 1971 bis zum Jahr 2000 wurden auf dem Atoll chemische Waffen gelagert, die ab Anfang der 90iger Jahre in einer Müllverbrennungsanlage beseitigt wurden.

Nachweislich befinden sich auf der Insel noch Plutonium-Bestände sowie Dioxine und Polychlorbiphenyle (PCB), die von dem verrotteten Militärgerät aus ins Meer und den Mutterboden gelangen. Das Plutonium stammt von drei fehlgezündeten nuklearen Bomben aus dem Jahr 1962. Die Armee hatte damals das Plutonium in Containern gesammelt und es an einem speziell dafür ausgezeichneten Ort im Korallensand der Insel vergraben.

Ziel der im Jahr 2001 begonnenen Dekontaminierungsmaßnahmen durch die amerikanische Armee ist die Einrichtung eines biologischen Schutzgebietes für Seevögel und marine Lebewesen. Das Atoll soll unter die Aufsicht des „US Fish and Wildlife Service“ gestellt werden. Don Palawski, der Manager für Nationalparks im Pazifik (Pacific Remote Islands National Wildlife Refuge Complex), erläuterte, das Atoll sei auf einer Gesamtwasserfläche von 800.000 Quadratkilometern das einzige Festland und damit ein Paradies für nistende Seevögel und ihren Nachwuchs. Trotz des Durchsickerns von Giftmüll sei das Korallenriff rund um das Atoll noch relativ intakt und böte Lebensraum für eine Vielzahl von Spezies.

Palawski sagte in einem Interview mit „ABC Pacific Beat“ weiter, es gäbe noch kein konkretes Datum, wann Johnston zum Schutzgebiet erklärt würde, geplant sei aber noch dieses Jahr. (Pacific Beat 01.12.03, www.janeresture.com/johnston/, <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/jq.html>)

„Heta“ verwüstet Insel

Niue: Der Zyklon „Heta“ verwüstete Anfang Januar weite Teile der polynesischen Insel Niue. Er raste mit Geschwindigkeiten von über 300 Stundenkilometern über die Insel und zerstörte ein Großteil der Häuser an der Westküste. 200 Personen wurden obdachlos. Eine junge Mutter starb in den Trümmern ihres Hauses, ihr 16 Monate alter Sohn überlebte schwerverletzt, starb jedoch später im Krankenhaus von Auckland. Weitere Verletzte wurden mit einem Rettungshubschrauber zur ärztlichen Versorgung nach Neuseeland ausgeflogen.

Katastrophenhilfe leisteten das Internationale Rote Kreuz sowie die Regierungen von Fiji und von Französisch-Polynesien. Gaston Flosse, Territorialpräsident von Französisch-Polynesien, sandte seinen Vizepräsidenten Édouard Fritch samt Frachtschiff mit Hilfsgütern und Trinkwasser in die Region. Australien schickte 21 Soldaten sowie Ärzte und ein komplettes mobiles Krankenhaus auf die Insel. Das einzige Krankenhaus in Niues Hauptstadt Alofi wurde durch den Sturm komplett zerstört und ist unbenutzbar. Die Armeeingehörigen sollen bei den Aufräum- und Aufbauarbeiten helfen. Neuseeland errichtete mit Hercules-Hubschraubern eine Luftbrücke und versorgte die Einwohner in den ersten Tagen nach dem Sturm mit Grundnahrungsmitteln, Medikamenten und Wasser.

Bei einem Treffen von Delegierten der Europäischen Union in Suva (Fiji) einigte man sich auf die einmalige Zahlung von 600.000 Euro zum Wiederaufbau der Infrastruktur auf Niue. Das Geld ist im Rahmen des Cotonou-Abkommens (Handels- und Hilfsabkommen zwischen Europa und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) als Katastrophenhilfe vorgesehen.

„Heta“ zerstörte rund 90 % der Felder und Gärten auf der 259 Quadratkilometer großen Atollinsel, so dass die Menschen in der nahen Zukunft auf Nahrungsmitteln

telimporte angewiesen sind. Das ist ein herber Rückschlag für die „Niue Island Organic Farmers Association“ (OFA). Noch Ende 2003 hatte auf der Insel eine offizielle Prüfung durch einen Sachverständigen für organischen Anbau stattgefunden. Der Prüfer attestierte den Bauern internationales Niveau und verlieh 21 von 150 Vanillebauern das weltweit anerkannte Gütesiegel „Organic Farming“. Die OFA hatte zuvor in einem „Memorandum of Understanding“ mit der Regierung von Niue vereinbart, die Insel bis zum Jahr 2010 zu einem pestizidfreien Land umzuwandeln („toxic free nation“).

Der Zyklon „Heta“ richtete auf seinem Weg durch den Pazifik ebenfalls materielle Schäden in Samoa, Amerikanisch-Samoa, Tokelau und auf den nördlichen Tonga-Inseln an. Betroffen waren auch die Cook-Inseln. Bis zu sechs Meter hohe Wellen bedrohten die an der Westküste der Hauptinsel Rarotonga gelegenen Hotels, Touristen kamen jedoch nicht zu Schaden.

Info: Niue liegt 480 Kilometer östlich von Tonga und 560 Kilometer südöstlich von Samoa. Die an ihrer höchsten Erhebung nur 60 Meter hohe Insel wurde 1901 von Neuseeland annektiert. 1974 wurde Niue ein sich selbst verwaltes Gebiet in freier Assoziation mit Neuseeland. Auf Niue leben noch circa 1.500 Menschen, 20.000 Niueaner sind in den vergangenen Jahren ins 2.400 Kilometer entfernte Neuseeland ausgewandert.

(AFP 07.01.04, <http://onenews.nzoom.com> 08.01.04, Flash d'Océanie 11.01. 13.01.04, NZ High Commission Infoblatt 12/03, <http://www.defence.gov.au/media/download/2004/jan/100104.cfm>, Tahitipresse 12.01.04, PIR 26.01.04)

Fischfangverbot für Ausländer

Fiji: Ausländische Firmen dürfen nicht mehr auf sogenannten „Longlinern“ in den Gewässern des fijianischen Archipels fischen. Das gab der fijianische Fischereiminister Konisi Yabaki bekannt. In den ausgewiesenen Gebieten

dürfen ab sofort nur noch einheimische Fijianer fischen oder ausländische Unternehmen, deren Hauptanteilseigner Fijianer sind. Selbst dann dürfen sich nur Boote unter einer Länge von 20 Metern in den Gewässern aufhalten. Der Fischfang innerhalb der Exklusiven Ökonomischen Zone ist ausländischen Fischfangunternehmen jedoch weiterhin erlaubt, das Gesetz bezieht sich nur auf die nahen Küsten- und Archipelgewässer.

Das neue Gesetz soll die traditionellen Land- und Fischereirechte der einheimischen Fijianer besser schützen. Ressourcen wie Fisch gehörten ebenso wie Land und Meer den Fijianern, erklärte Yabaki.

Der Minister begründete die Entscheidung für ein Longline-Verbot mit Umweltschutzmaßnahmen. Außerdem sei das Gesetz eine weitere Initiative der Regierung zum „Empowerment“ der einheimischen Fijianer. Es könne nicht angehen, dass traditionelle Fischgründe der Einheimischen von ausländischen Longlinern leergefischt würden. Als weiteres Argument führte Yabaki an, durch diesen Schutz würde es wieder mehr Fische in Küstennähe geben, was viele Touristen anziehen könnte.

Alle kommerziellen Fischfangunternehmen müssen übrigens bei der Regierung von Fiji eine Fanglizenz beantragen, die bis zu 26.000 Dollar kosten kann. Zur Zeit gibt es 101 Lizenzen.

(Radio Fiji 06.01.04, 07.01.04), <http://www.pacificislands.cc>)

CCF erhält EU-Zuschuss

Fiji: Das „Fiji Citizens Constitutional Forum“ (CCF) hat einen auf die Laufzeit von drei Jahren festgelegten Zuschuss der Europäischen Union (EU) in Höhe von einer Million US Dollar zugesprochen bekommen. CCF-Direktor Reverend Akuila Yabaki von der Methodistischen Kirche erklärte, seine Organisation habe sich mit vielen anderen fijianischen Nichtregierungsorganisationen um den

Zuschuss beworben. Der Zuschlag der EU sei ergangen, weil das CCF seine Gelder transparent und rechtschaffen verwalte.

Das CCF setzt sich seit 1992 für die Bewahrung der Demokratie und den Erhalt der demokratischen Verfassung in dem multikulturellen Staat Fiji ein. Mit den EU-Fördermitteln sollen Jugendprojekte, Projekte zur Wahrung der Menschenrechte sowie Projekte zur Versöhnung in Landrechteauseinandersetzungen unterstützt werden. (Radio New Zealand 20.10.04, <http://www.ccf.org.fj/>)

Tonga erzwingt Lizenzen

Tonga: Ein neues Pressegesetz hat dazu geführt, dass seit einigen Wochen nur unregelmäßig Tageszeitungen im Königreich Tonga erscheinen. Im November 2003 hatte die Regierung nach dem langen Hickhack um die Herausgabe der regierungskritischen neuseeländischen Zeitung „Taimi 'o Tonga“ ein Gesetz erlassen, nach dem sich alle Herausgeber, Verkäufer und Importeure von Zeitungen um eine Lizenz bei der sogenannten „Zeitungsregistratur“ bewerben mussten. Die Bewerbungsfrist war auf den 31. Dezember 2003 festgelegt worden, wurde dann jedoch bis zum 31. Januar 2004 verlängert. Die tonganische Polizei, scheinbar in Unkenntnis der Fristverlängerung, begann Anfang Februar mit Razzien in Zeitungsläden und konfiszierte die „Taimi 'o Tonga“ sowie die regierungseigenen Zeitungen „Matangi Tonga“ und „Kalonikali Tonga“. Aus Angst vor Repressalien stellten daraufhin die meisten Zeitungen ihr Erscheinen ein, nicht zuletzt wegen des öffentlichen Schreibens der Zeitungsregistratur. Diese stellte Strafen in Höhe von 10.000 Dollar in Aussicht, sollten Zeitungen ohne offizielle Lizenz erscheinen.

Die Nichtregierungsorganisation „Pacific Media Watch“ hat die Einschränkung der Pressefreiheit auf solch perfide Weise verurteilt. Mit dem Lizenzgesetz habe man die Printmedien erfolgreich mundtot

gemacht, hieß es in einer Erklärung. Auch der internationale Journalistenverband „International Federation of Journalists“ (IFJ) äußerte sich in einem Schreiben an Prinz Lavaka Ata Ulukalala besorgt über die Einschränkung der Medienfreiheit. Der IFJ rief dazu auf, sich in persönlichen Schreiben ans tonganische Königshaus für die Bewahrung der Pressefreiheit und den Schutz tonganischer Journalisten einzusetzen.

Die Proteste zeitigten Wirkung: Anfang Februar erteilte die Regierung drei Zeitungen eine Drucklizenz: Der Zeitung der katholischen Kirche „Taumu'a Lelei“, der regierungseigenen Wochenzeitung „Tonga Chronicle“ und der privaten Zeitung „Tonga Star“. Außerdem ließ die Regierung verlauten, man werde die Anträge anderer Zeitungen gewissenhaft prüfen.

Mitte Februar wurde jedoch ein Mechaniker aus Auckland am Flughafen von Nuku'alofa verhaftet, weil er 20 Exemplare der verbotenen „Taimi 'o Tonga“ im Gepäck hatte. Der Mann war zur Beerdigung seines Vaters nach Tonga gereist und bei der Gepäckkontrolle mit den Zeitschriften „erwischt“ worden. (*Pacific Media Watch 04., 05., 07.02.04, PIR 18.02.04*)

† Fatafehi 'Alaivahamama'ō Tuku'aho

Tonga: Am 17. Februar verstarb Fatafehi 'Alaivahamama'ō Tuku'aho (geb. 1954), zweiter Sohn des Königs Taufa'ahau Tupou IV von Tonga, im Alter von 49 Jahren in Nuku'alofa an einem plötzlichen Herzinfarkt. Er hatte in Cambridge studiert und nach seiner Rückkehr 1979 den erblichen Titel Ma'atu mit Grundbesitzrechten auf den Inseln Niuatoputapu und Niuafo'ou erhalten. 1980 wurden ihm von seinem Vater alle Titel und Erbrechte aberkannt, weil er in Hawai'i ohne dessen Einwilligung die nur niederen adeligen Rang besitzende Heimataura Kaho Anderson, tahitisch-samoanisch-tonganischer Abstammung, geheiratet hatte. Nachdem seine Frau

fünf Jahre später an Krebs gestorben war, heiratete er standesgemäß Alaile'ula Poutasi Jungblut, die Enkelin des samoanischen Staatschefs Malietoa Tanumafili II. Daraufhin erhielt er den Adelstitel Ma'atu zurück, blieb aber bis zu seinem Tod von der Thronfolge ausgeschlossen.

Die letzten drei Jahre vor seinem Tod war er Parlamentsabgeordneter als einer der neun Repräsentanten des Adels (neben zwölf vom König ernannten und neun vom Volk gewählten Abgeordneten). Als Abgeordneter setzte er sich im Gegensatz zu den meisten anderen Adelsrepräsentanten für die Anliegen des Volkes ein und scheute sich nicht, in kontroversen Fragen Stellung gegen das Königshaus zu beziehen. Gemeinsam mit seinem Vetter Hon. Tu'ipelehake stimmte er als einziger Adelsvertreter im November letzten Jahres gegen die vom König eingebrachte und gegen den Willen der Volksvertreter beschlossene Verfassungsänderung zur Einschränkung der Pressefreiheit.

Ma'atus Tod ist der erste Sterbefall in der Königsfamilie seit über zehn Jahren. Trauerfälle dieser Art haben große Auswirkungen auf das Leben des gesamten Königreichs, da traditionsgemäß die Trauerperiode ein Jahr dauert und im Falle eines Mitglieds der Königsfamilie die Trauergemeinde das gesamte Volk umfasst.

Ma'atu hinterlässt neben seiner Frau drei Söhne und eine Tochter. Seine Geschwister sind Kronprinz Tupouto'a, Prinzessin Pilelevu Tuita und Prinz 'Ulukalala Lavaka Ata, derzeit Tongas Premierminister. (*Artikel von Lorenz Gonschor; Quellen: Pacific Islands Report, Tahitipresse, ABC news, Yahoo news, verschiedene genealogische Websites*)

HAWAI'I

Anmerkung der Redaktion: Beide Berichte in dieser Rubrik von Lorenz Gonschor, zur Zeit Student an der Universität von Manoa in Honolulu.

Kampagne zur Aufklärung von Touristen gestartet

Bumpy Kanahale, radikaler hawaiischer Unabhängigkeitsaktivist und Staatsoberhaupt der 1994 ausgerufenen „Nation of Hawai'i“ startete Anfang Januar eine Kampagne zur Aufklärung der Hawai'i besuchenden Touristen. Unter dem Motto „We are not Americans - Free Hawai'i“ (Wir sind keine Amerikaner - Befreit Hawai'i) und verkehrt herum gehissten hawaiischen Flaggen bauen Kanahale und seine Anhänger seitdem jeden Mittwoch am Strand von Waik_k_ einen Informationsstand auf, um die Touristen über die illegale Besetzung Hawai'is durch die USA zu informieren und kritische Reflexionen zu fördern. Die ersten Reaktionen waren überwiegend positiv. Viele Touristen, von Reportern nach ihrer Reaktion gefragt, gaben zu, bis dato überhaupt nichts über die Geschichte Hawai'is gewusst zu haben und nun tief betroffen zu sein. Kanahale sagte, dies sei erst der Anfang einer großangelegten Kampagne für die Unabhängigkeit. Endziel sei es, die Hotelindustrie dazu zu bringen, die Unabhängigkeitsbewegung zu finanzieren. Die Tourismusindustrie habe die moralische Pflicht, die legitimen Anliegen der Bewegung zu unterstützen. Sollte sie dies nicht tun, könne die Kampagne auch in eine andere Richtung gelenkt und den Touristen gedroht werden, dass sie nicht mehr willkommen sind.

Der Tourismus ist neben den US-Militärbasen der größte Wirtschaftszweig in Hawai'i. Jedes

Jahr kommen sechs bis sieben Millionen Besucher; ein Großteil davon wohnt in Waik_k_, dem Strandviertel der Hauptstadt Honolulu.

111. Jahrestag der US-Invasion

Mitte Januar wurde in Hawai'i der US-Invasion vor 111 Jahren gedacht. Am 17. Januar 1893 waren US-Marinetruppen in Honolulu einmarschiert, um einen Putsch weißer Siedler gegen die legitime Regierung des Königreiches Hawai'i unter Königin Lili'uokalani zu unterstützen. Mit Hilfe dieser militärischen Drohkulisse gelang es den Putschisten unter Führung von Sanford Dole und Lorrin Thurston, die Macht an sich zu reißen und die Königin abzusetzen. Sie errichteten zunächst ein pro-amerikanisches Apartheidregime (erst als „Provisorische Regierung“, dann als „Republik Hawai'i“ bezeichnet), und handelten dann 1898 mit den USA die Annexion Hawai'is aus, die allerdings im US-Senat keine Zweidrittelmehrheit fand und somit unter Bruch der US-Verfassung erfolgte. Bereits die ohne Kriegserklärung durchgeführte Invasion des Königreiches Hawai'i, mit dem die USA enge diplomatische Beziehungen pflegten, war ein schwerer Verstoß gegen damals gültiges Völkerrecht.

An den Gedenkfeiern in der Altstadt von Honolulu nahmen etwa 200 bis 300 Personen teil. Diese verteilten sich allerdings auf zwei Gruppen: Vor dem Ali'iolani Hale (dem ehemaligen Parlamentsgebäude des Königreiches Hawai'i) hatte das dem US-Bundesstaat Hawai'i unterstehende Office for Hawaiian Affairs (OHA, Amt für Hawaiische Angelegenheiten) zu einem offiziellen Programm geladen. Gleichzeitig wurden von einer OHA nahestehenden Organisation alle Personen hawaiischer Abstammung aufgefordert, sich in eine Datenbank einzuschreiben, um die Staatsbürgerschaft einer zukünftigen souveränen hawaiischen Entität zu erwerben. Diese von OHA und dem Staat Hawai'i sowie vielen Politikern in Wa-

shington geplante „souveräne Entität“ wird allerdings ähnlich wie die amerikanischen Indianerstämme von den USA abhängig bleiben und nur einige interne Autonomierechte haben.

Auf der anderen Straßenseite, auf dem Gelände des 'Iolani-Palasts (ehemaliger Königspalast) waren dagegen die radikaleren Aktivisten versammelt, die für die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Hawai'is eintreten. Dabei traten dieses Jahr hauptsächlich zwei Gruppen in Erscheinung. The Living Nation (Die Lebendige Nation), eine Koalition verschiedener Unabhängigkeitsaktivisten unter Führung von Lynette Cruz und Mel Kalahiki, hatte ein ausführliches Programm geplant. In einem eindrucksvollen Arrangement war ein historisches Portrait der Königin mit den Flaggen aller Staaten, mit denen das Königreich Hawai'i diplomatische Beziehungen hatte, (darunter Preußen, Hamburg, Bremen und das Deutsche Reich) dekoriert und vor den Haupteingang des 'Iolani-Palasts gestellt worden. Der Unabhängigkeitsaktivist Baron Ching, verkleidet als amerikanischer Marinesoldat, hielt mehrere Stunden lang mit grimmiger Miene eine Replik des von den damaligen Invasionstruppen benutzten Maschinengewehrs auf den 'Iolani-Palast gerichtet, so wie diese es damals getan hatten, um die Königin einzuschüchtern. Zahlreiche Aktivisten hielten Ansprachen und bestärkten das Recht Hawai'is auf Unabhängigkeit und den Abzug der amerikanischen Besatzer. Der langjährige Aktivist P_k_ Laenui sagte, es sei vollkommen verständlich, dass viele Hawaier die Amerikaner hassen, nach all dem was diese seinem Volk angetan haben. Die Zeit sei aber gekommen, diesen Hass zu überwinden und statt dessen konstruktiv an einem Plan für die Unabhängigkeit zu arbeiten.

Die zweite Gruppe, die vor dem Palast präsent war, war das sogenannte Reinstated Hawaiian Kingdom (wiederhergestelltes hawaiisches Königreich) unter Führung von Henry Noa, der sich von Anhängern zum Premierminister

einer angeblich legitimen wiederhergestellten hawaiischen Regierung hatte wählen lassen. Noa und seine Anhänger hatten bereits mehrere Tage zuvor eine kleine Zeltstadt auf dem Palastgelände errichtet, um eine Parlamentssitzung abzuhalten, Passanten zu informieren und, ähnlich wie OHA auf der anderen Straßenseite, Staatsbürger anzuwerben.

Noa erklärte in einer Rede, wie seine Regierung im Begriff sei, das Königreich Hawaii in Einklang mit dem Völkerrecht und der letzten Verfassung des Königreiches wiederherzustellen, was seiner Meinung der einzige Weg sei, die Unabhängigkeit erlangen zu können. In Anspielung auf die beiden parallelen Veranstaltungen von OHA und der Unabhängigkeitsbewegung beidseitig der Hauptstraße sagte einer von Noas Mitarbeitern: „Niemand kann gleichzeitig zwei Nationen dienen. Ihr müsst euch entscheiden: Wenn euer Vorvater George Washington heißt, dann geht auf die andere Straßenseite. Wenn dagegen Kamehameha der Große (ca. 1758-1819; Gründer des Königreiches Hawai'i) euer Vorfahr ist, dann seit ihr hier richtig.“

Die Gedenkfeiern zeigten wieder einmal, wie stark die Souveränitätsbewegung der Hawaier in zwei Hauptflügel gespalten ist: OHA und andere regierungsnahen Organisationen versuchen, das ‚Indianermodell‘ durchzusetzen und meinen, die Unabhängigkeit sei unerreichbar. Zu dieser Gruppe gehört auch der CNHA (Council for Native Hawaiian Advancement, Rat für indigenen hawaiischen Fortschritt), eine hauptsächlich von Indianerorganisationen aus Alaska mit Geld aus dem dortigen Ölgeschäft finanzierte Organisation, die Anfang Februar im Hilton-Hotel in Waik_k_ ein Symposium über den Entwurf einer Verfassung für eine „souveräne“ hawaiische Regierung abhielt, wobei vor allem auf die Verfassungen verschiedener Indianerstämme Bezug genommen wurde. Der andere Flügel der Bewegung, selbst wiederum in viele Einzelgruppen gespalten, lehnt eine sol-

che Vorgehensweise und jegliche Kooperation mit den US-Behörden rigoros ab, da die Zugehörigkeit Hawaiis zu den USA, wenn auch de facto bestehend, juristisch illegal sei. Einige neutrale Beobachter meinen allerdings, der Indianerstatus könne der erste Schritt zur Unabhängigkeit sein und sollte deshalb nicht grundsätzlich verworfen werden.

AUSTRALIEN

Gemeinsamer Kampf gegen Terror

Der australische Außenminister Alexander Downer hat Anfang Februar die Vergabe von 38,3 Millionen AUS Dollar an die indonesische Regierung unterzeichnet. Das Geld soll in den nächsten fünf Jahren fließen und dient vor allem der Einrichtung eines Zentrums zum Kampf gegen Terrorismus („Indonesia Centre for Law Enforcement Cooperation“, ICLEC) in der indonesischen Hauptstadt Jakarta noch vor Ablauf dieses Jahres.

In dem Zentrum sollen Polizisten und Spezialeinsatzkräfte im Kampf gegen internationale Terroristen geschult werden. Auf dem Stundenplan stehen Forensik, Sicherheit bei Großveranstaltungen, Verbrechensaufklärung und der Umgang mit Androhungen terroristischer Gewalt. Das Zentrum soll außerdem lokale Behörden im Umgang mit transnationalen Verbrechen wie Drogen- und Menschenhandel schulen. Dafür stellt Australien 20 Ausbilder zur Verfügung.

Der Vertrag zur Einrichtung des Zentrums kam am Rande einer Konferenz zur Sicherheit in der südostasiatischen Region („Strengthening Regional Coordination and Cooperation in Combating Terrorism in the Asia-Pacific“) in Nusa Dua (Bali) zustande. Seit dem Attentat von Bali im Oktober 2002 - bei dem 202

Menschen, darunter 90 Australier, starben - arbeiten Australien und Indonesien in Sicherheitsfragen eng zusammen. An der Konferenz nahmen Sicherheitsbeauftragte und Minister aus 25 Ländern teil. (Flash d'Océanie 06.02.04, Pressemitteilung von Alexander Downer 04., 05., 06.02.04, <http://www.foreignminister.gov.au>)

Unruhen in Redfern

Der Tod des 17-jährigen Aborigines Thomas Hickey in Redfern, einem Stadtteil von Sydney, hat zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und den überwiegend aus Aborigines bestehenden Bewohnern von Redfern geführt. 50 Polizisten wurden bei den neunstündigen nächtlichen Straßenkämpfen mit jugendlichen Randalierern verletzt.

Hickey fiel von seinem Fahrrad in einen Metallzaun und wurde dabei tödlich verletzt. Angeblich war er zuvor von Polizisten verfolgt und „gejagt“ worden. Rund 100 Anwohner waren daraufhin auf die Straße gestürmt, um sich für den Tod des Jugendlichen an den herbeigerufenen 200 Sicherheitskräften zu rächen. Die Polizisten wurden mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Molotow-Cocktails beworfen. Die Jugendlichen warfen Fensterscheiben ein, zerstörten den Bahnhof mit Molotow-Cocktails und steckten mehrere Polizeiwagen in Brand.

Laut Polizeibericht war Hickey an einer Polizeistreife vorbeigeradelt, hatte das Tempo beschleunigt, die Kontrolle über das Rad verloren und dann in einen Metallzaun gestürzt. Der Teeanger wurde wegen eines Gewaltdelikttes polizeilich gesucht.

Info: Redfern ist seit 1973 die größte Aborigines-Siedlung in Australien. Der im Volksmund als „The Block“ bezeichnete Stadtteil gilt als Ghetto der Ureinwohner. Drogenmissbrauch, Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität, Bettelei und häusliche Gewalt sind nur einige der Schlagworte, mit denen einheimische Medien den Alltag in Redfern beschreiben. Konflikte

zwischen der Polizei und den Aborigines sind häufig, oft werden die Polizeibeamten dabei des Rassismus beschuldigt. (BBC News 16.02.04, Tahitipresse 15.02.04, SMH 17.02, 18.02.04, www.australien-info.de, FR u. Junge Welt 19.02.04)

NEUSEELAND

Aufnahme weiterer Flüchtlinge

Die neuseeländische Regierung hat sich auf Bitte des UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) hin entschlossen, weiteren 20 Flüchtlingen aus dem Flüchtlingscamp der Insel Nauru Asyl zu gewähren. Unter den 20 Personen sind sechs irakische Mütter mit insgesamt elf minderjährigen Kindern. Den Ehemännern der sechs Frauen war bereits vor einiger Zeit in Australien Asyl gewährt worden. Der Asylantrag der Frauen aus Gründen der „Familienzusammenführung“ war vor dem australischen Einwanderungsministerium gescheitert. Vor vier Jahren hatte das Ministerium ein Gesetz erlassen, wonach die Familienzusammenführung von Flüchtlingen erst dann möglich ist, wenn anerkannte Flüchtlinge mehr als drei Jahre in Australien gelebt haben.

Die Menschen gehören zu einer Gruppe von Flüchtlingen, die im Rahmen der australischen „pazifischen Lösung“ in ein Internierungslager auf der Pazifikinsel Nauru verbracht worden waren, um dort den Entscheid über ihren Antrag abzuwarten. Nach tagelangen Hungerstreiks der Internierten Ende letzten Jahres war das UN- Flüchtlingshilfswerk eingeschritten. Die Asylbewerber, überwiegend Menschen aus dem Irak und Afghanistan, hatten mit dem Hungerstreik gegen die unzumutbaren Bedingungen im Camp protestieren wollen.

Neuseeland darf nach einer offiziellen Quote, die vom UNHCR festgelegt wurde, jährlich 750

ECPAT beklagt Kinderprostitution

Die regionale neuseeländische Gruppe von ECPAT International (End Child Prostitution, Pornography and Trafficking) hat in ihrem jüngsten Bericht „Commercial Exploitation of Children in New Zealand“ erschreckende Zahlen vorgelegt. ECPAT verteilte 1.000 Fragebögen zur Kinderprostitution in Massagesalons, unter Prostituierten, in Kliniken, bei Ärzten, bei Sozialarbeitern und bei Streetworkern. Rund 280 Fragebögen kamen ausgefüllt zurück. Aus ihnen geht hervor, dass 195 der unter 18-jährigen Geschlechtsverkehr im Austausch gegen Waren und Geld praktizierten. 145 der Jugendlichen waren jünger als 16 Jahre. In Neuseeland sind Jugendliche bereits mit 16 Jahren (in Deutschland: 18 Jahre) mündig. Allerdings dürfen junge Frauen unter 18 Jahren per Jugendschutzgesetz nicht in sogenannten „Massagesalons“ arbeiten (Massage Parlours Act von 1978).

Laut ECPAT-Bericht sind die jüngsten Kinderprostituierten in Neuseeland sechs Jahre alt. Es handele sich hier um Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern, die im Gegenzug für ihre „Dienste“ mit Süßigkeiten und Geld „belohnt“ würden. Kinder, die schon früh sexuell missbraucht wurden, gingen im fortgeschrittenen Alter zwangsläufig in die Prostitution. Einige Jugendliche finanzierten z.B. ihr Studium an der Universität mit käuflichem Sex. Für sie sei Prostitution ein Weg aus der familiären Armut. Auch gingen Prostitution sowie der Konsum von Alkohol und (illegalen) Drogen eng einher, viele Prostituierte betäubten sich damit oder handelten mit Drogen, so das Ergebnis der Studie.

79 % der befragten minderjährigen Prostituierten waren Mädchen, 21 % Jungen.

Hintergrund: ECPAT International ist ein weltweites Netzwerk von über 300 Nichtregierungsorganisationen und Gruppen in nahezu 50 Ländern, die sich zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung engagieren und das gemeinsame Ziel haben, Kinderpornographie, Kinderprostitution und Kinderhandel in allen Teilen der Welt zu bekämpfen. In Deutschland gehören 28 Institutionen und Gruppen zur „Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung“. Die Arbeit des Vereins und seiner Mitgliedsorganisationen wird vom Grundsatz geleitet, dass jedes Kind Anspruch auf umfassenden Schutz vor allen Formen der kommerziellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs hat. ECPAT Deutschland setzt sich dafür ein, dass die UN-Konvention über die Rechte der Kinder eingehalten wird, Ursachen von Missachtung aufgezeigt und Verstöße mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt werden.

Fredericke Strack, Soziologin beim Prostituiertenprojekt „Hydra e.V.“ in Berlin, spezifiziert: „Kinderprostitution ist unter dem Begriff Missbrauch zu fassen, wenn man es von der legalen selbstbestimmten Prostitution differenzieren möchte. In Berlin sind uns jedoch keine Fälle von Kinderprostitution bekannt.“
(<http://www.ecpat.de/>,
<http://www.ecpat.net/eng/index.asp>, AFP
10.02.04, Email Hydra e.V. 20.02.04)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Wie Madangs Clownfische wachsen

Papua-Neuguinea: Die Doktorarbeit des amerikanischen Biologen Peter Buston von der Cornell University in Ithaca (New York)

brachte es an den Tag: Orange-weiß gemusterte Clownfische (lat. *Amphiprion percula*) werden nur so groß, wie es ihre soziale Stellung erlaubt. An der Spitze einer Clownfischgemeinschaft steht als größtes Tier ein Weibchen, das bis zu sechs Zentimeter groß werden kann. Dahinter folgen, in jeder Rangstufe kleiner, die männlichen Fische einer Gemeinschaft, die zwischen den giftigen Tentakeln von Seeanemonen wohnt. Pro Gemeinschaft pflanzt sich nur das dominante Paar fort. Wenn das ranghöchste Weibchen stirbt, wechselt ihr Partner das Geschlecht, während das ranghöchste untergeordnete Tier zum neuen dominanten Männchen aufsteigt. Stirbt ein ranghöherer Fisch, beschleunigen die Untergeordneten ihr Wachstum. Die Fische wachsen um so schneller, je weiter sie von den oberen Rängen entfernt sind. Der Abstand zwischen den Rängen beträgt meist einen Zentimeter. Der Rang eines Fisches bedingt also die Größe. Buston sieht darin eine perfekte Konfliktvermeidungsstrategie: Wer kleiner bleibt, stellt keine Gefahr für Ranghöhere dar.

Die ungeahnte Anpassungsfähigkeit der Clownfische, also die Veränderung von Geschlecht und Größe, erforschte Peter Buston ein Jahr lang (Januar bis Dezember 1997) in der Lagune bei Madang an der Nordküste der Insel Neuguinea. Er untersuchte rund 70 Fischgruppen in ihren jeweiligen Seeanemonen-Wohnungen. Seine Forschungsergebnisse wurden Ende letzten Jahres in dem renommierten britischen Wissenschaftsmagazin „Nature“ veröffentlicht.

Der Clownfisch war durch den Zeichentrickfilm „Finding Nemo“ der amerikanischen Trickfilmfirma Pixar ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. „Hauptdarsteller“ des Erfolgsfilms ist ein junger Clownfisch namens Nemo. (Vista Verde News 09.07.03, FLZ 29./30.11.03, <http://www.pixar.com/featurefilms/nemo/index.html>, Homepage Peter Buston)

Cousteau ist „Held des

Ozeans“

Los Angeles: Jean-Michel Cousteau hat den erstmals verliehenen Preis „Held des Ozeans“ (Ocean Hero) erhalten. Die internationale Nichtregierungsorganisation „Oceana“ erklärte, Cousteau „verteidige die Ozeane“ und „inspiriere Menschen auf dem ganzen Globus“. Jean-Michel Cousteau habe die Liebe zum Meer und dessen Schutz von seinem Vater, dem berühmten Meerforscher Jacques-Yves Cousteau (1910-1997), geerbt. Seine Arbeit habe viele Menschen weltweit zum Schutz der Ozeane animiert, sagte Oceana-Direktor Andrew Sharpless bei der feierlichen Preisverleihung Anfang Dezember in Los Angeles.

Jean-Michel Cousteau gründete 1999 die „Ocean Futures Society“ zur Rettung der Weltmeere. Er drehte mehr als 70 Filme, veröffentlichte zahlreiche Bücher zum Thema und wurde für sein Umweltengagement mit renommierten Preisen ausgezeichnet. Die internationale Vereinigung der Taucher nahm ihn wegen seiner Verdienste in der Erforschung der Unterwasserwelt mit seinem Forschungsschiff „Calypso“ in die „International Scuba Diving Hall of Fame“ (Taucher- Ruhmeshalle) auf den Cayman Inseln auf.

Hintergrund: „Oceana“ hat ihren Stammsitz in Santa Barbara in Kalifornien. Die Meeresschutzorganisation ist in 150 Ländern vertreten. Sie kämpft mit Lobbying und Advocacy-Arbeit gegen Überfischung und gegen die Nutzung der Meere als Lagerungsstätte für Industrie- und Atommüll. Kürzlich fusionierte die Nichtregierungsorganisation mit der „Americas Oceans Campaign“ des amerikanischen Schauspielers und Umweltaktivisten Ted Danson. (<http://www.oceanfutures.com/>, *Environmental News Network* 04.12.03)

„Mann des Jahres“

Australien: Das in Hawai'i ansässige Monatsmagazin „Pacific Magazine“ hat den australischen

Premierminister John Howard zum „Pazifischen Mann des Jahres“ in 2003 gewählt. Die Jury begründete ihre Wahl mit Howards mutiger Entscheidung, eine Eingreiftruppe auf die Salomonen zu entsenden, um dem Land beim Wiederaufbau von Recht und Ordnung unter die Arme zu greifen. Howard sei in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, wie ein „Befreier“ empfangen worden. (*Pacific Media Watch* 08.12.03)

Kanaky bei WM- Qualifikation?

Kanaky: Voraussichtlich erstmals wird die Nationalmannschaft aus Kanaky an der Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland teilnehmen. Die Qualifikationsspiele der zehn Mannschaften der „Ozeanischen Fußballkonföderation“ finden im März und April des Jahres statt. Anfang Dezember 2003 wurden in Frankfurt/M. die Gruppen gewählt. Kanaky ist in einer Gruppe mit den Salomonen, Tahiti, Tonga und den Cook-Inseln. In der zweiten ozeanischen Gruppe treten Fiji, Vanuatu, Samoa, Papua-Neuguinea und Amerikanisch-Samoa an.

In der Ozeanien-Zone wird die Vorrunde zunächst in diesen zwei Gruppen ausgespielt, ohne die beiden Topteams Australien und Neuseeland. Diese warten dann in der nächsten Runde auf die Gruppensieger und die beiden Zweitplatzierten der Gruppen. In Gruppe 1 gilt Tahiti als großer Favorit. Die Mannschaft gilt als eines der stärksten Inselteams in der Ozeanien-Zone. Im Kampf um Platz 2 kristallisieren sich zwei Teams heraus, die Salomonen und Kanaky. Tonga und die Cook-Inseln haben zwar Fortschritte gemacht, doch Niederlagen wie das 0:22 Tongas gegen Australien zeigen auf, dass das Team weit von der Qualifikation für eine WM entfernt ist.

Zwar ist Kanaky noch nicht Vollmitglied der FIFA (Fédération Internationale de Football Association, Internationaler Fußballverband), doch die Mannschaft des Landes spielt bereits seit den frü-

hen 50iger Jahren regelmäßig gegen die Teams der umliegenden Nachbarinseln.

Neukaledonien wird an der Qualifikation zur Fußballweltmeisterschaft teilnehmen, sofern das Land Vollmitglied der FIFA wird. Über den entsprechenden Aufnahmeantrag entscheidet der FIFA-Kongress in Paris im Mai 2004. Die Auslosung gilt in jedem Fall auch für den „Ozeanischen Nationen-Pokal“. Die Spiele werden für die Ozeanien-Meisterschaft gewertet und gelten als FIFA-Weltpokal-Qualifikationsspiele, falls die Aufnahme des Landes in die FIFA erfolgt. Kanaky wird unter französischer Flagge antreten und ähnlich wie Tahiti ein eigenes Emblem tragen.

Die Fußballweltmeisterschaft findet vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 statt. Das Eröffnungsspiel der WM ist in München, das Endspiel in Berlin. (*Oceania Flash* 01.12.03, <http://fifaworldcup.yahoo.com>)

Beachcomber gehört zu Top 10 Hotels

Bora Bora: Das Hotel „Intercontinental Bora Bora Beachcomber“ auf der Insel Bora Bora (Französisch-Polynesien) ist von dem Internetreiseveranstalter „Expedia.com“ zum besten Luxushotel der Welt gekürt worden. Expedia gehört im online-Reisemarkt zu den Branchenriesen, jedes dritte Flugticket weltweit wird über dieses Internetportal bezogen.

Das Beachcomber wurde 1988 erbaut. Es besteht aus 50 Überwasserbungalows mit gläsernen Böden sowie 14 Strandbungalows. Der Zugang zum Hotel ist nur auf dem Seeweg möglich. Eine Nacht in einem Strandbungalow (ohne Frühstück, jedoch mit kostenlosem Wassersportangebot) kostet pro Person ca. 500 US Dollar. Das Hotel gibt seine Preise nur auf persönliche Anfrage hin bekannt. (*Tahitipresse* 20.01.04.)

www.expedia.com,
www.tahiti.interconti.com/bora/us/index.htm)